

# ZÜRCHER FREISINN

## Gemeinsam weiterkommen.

Fokus  
Bundesrats-  
ersatzwahlen  
und  
Abstimmungen



### Bundesratsersatzwahlen Drei kompetente Kandidaturen

FDP.Die Liberalen ist stolz auf die drei durch die Kantonalparteien eingereichten Kandidaturen: Regierungsrat Christian Amsler, Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter sowie Ständerat Hans Wicki steigen für Schaffhausen, St. Gallen und Nidwalden ins Rennen um die Bundesratsersatzwahl. An mehreren Roadshows in der ganzen Schweiz werden sie sich präsentieren.

Seiten 11 bis 15

### Interview mit Kacem el Ghazzali

Wegen seiner gesellschaftskritischen Beiträge musste Kacem el Ghazzali aus Marokko in die Schweiz fliehen. Hier wandelte er sich vom Marxisten zum Liberalen. Ein Gespräch über Freiheit, die Linke und den Islam.

Seiten 18 und 19

### Nein zur SBI

Am 25. November 2018 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über die «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI). Wie Ständerat Philipp Müller ausführt, kommt es dadurch aber nicht zur Klärung zwischen Landes- und Völkerrecht, sondern zu noch mehr Unklarheit und Rechtsunsicherheit.

Seite 21

## Wir machen Wahlkampf: mit und für Zürich

### Liebe Freisinnige

Der Wahlkampf für die Wahlen in den Zürcher Kantons- und Regierungsrat ist lanciert. Den Auftakt machten keine Geringeren als unsere beiden Regierungsratskandidaten, Regierungsrätin Carmen Walker Späh und Fraktionspräsident Thomas Vogel, mit einem Plakataushang im ganzen Kanton. Und nun wird es Schlag auf Schlag weitergehen. Im Zentrum unserer ganzen Kampagne steht dabei wieder unser Slogan «Wir machen Zürich». Dieser widerspiegelt unser urfreisinniges Selbstverständnis, Verantwortung zu übernehmen, anzupacken und Probleme zu lösen statt zu bewirtschaften. «Wir machen Zürich» steht gleichzeitig für unseren grossen Leistungsausweis wie auch für unser Versprechen an die Zürcher Bevölkerung.

### Wir sind bestens gerüstet

Der Erfolg in den kommunalen Wahlen in diesem Frühling gibt uns dabei Recht: Ob Stadt, Agglomeration oder Land, fast in allen Gemeinden konnten wir unsere Position sowohl in den Exekutiven als auch in den Legislativen ausbauen oder auf hohem Niveau halten. Die Bürgerinnen und Bürger trauen uns also zu, den Kanton Zürich voranzubringen. Und diese Verantwortung übernehmen wir gerne, denn wir sehen die Zukunft als Chance und packen die Herausforderung zuversichtlich an.



Hans-Jakob Boesch

Zuversichtlich bin ich auch, was den Wahlausgang betrifft. Denn die FDP Kanton Zürich ist in bester Verfassung und zusammen mit den Wahlkampfteams der Bezirks- und Ortsparteien bereits seit Monaten an den Wahlkampf vorbereitungen. An den Parteiveranstaltungen und im Austausch mit den Bezirks- und Ortsparteien spüre ich immer wieder, mit welcher Energie, Entschlossenheit und

Fortsetzung auf Seite 3

# Inhalt

- 3 Zürcher Freisinn
- 11 Danke, Hannes!
- 12 Der Weg zur Bundesratsersatzwahl
- 13 Porträt Christian Amsler
- 14 Porträt Karin Keller-Sutter
- 15 Porträt Hans Wicki
- 17 DV in Pratteln
- 18 Interview mit Kacem el Ghazzali
- 20 Ja zum ATSG
- 21 Nein zur «Selbstbestimmungs»-Initiative
- 22 Mentoring-Bericht zur Vision
- 23 Parolenspiegel und Agenda

**Herausgeberin / Redaktion / Inserate:**  
FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern  
T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00  
E: [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch) | [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

**Kantonaleil:**  
Redaktion Zürcher Freisinn  
Urs Egger | Kreuzstrasse 82 | 8032 Zürich  
T: 043 233 77 00 | F: 043 343 99 68  
E: [info@fdp-zh.ch](mailto:info@fdp-zh.ch) | [www.fdp-zh.ch](http://www.fdp-zh.ch)

**Layout:**  
LZ Print | E: [kontakt@lzprint.ch](mailto:kontakt@lzprint.ch)

**Druck:**  
NZZ Media Services AG  
T: 071 272 72 06 | E: [print@nzz.ch](mailto:print@nzz.ch)



## Zukunft als Chance

Packen wir sie gemeinsam

### Liebe Freisinnige

Die Schweiz, unsere Heimat, ist heute ein Erfolgsmodell. FDP.Die Liberalen will dieses Erfolgsmodell sichern und in die Zukunft tragen. Wie wir dies tun wollen, haben wir in unserer Zukunftsvision mit sieben Zielen festgehalten. Mit unserer Vision – auf welche Amélie Evard aus unserem Mentoring-Programm auf Seite 22 im Detail eingeht – zeigen wir klar auf, dass wir die einzige Partei sind, die eine positive, konstruktive Zukunftsvision für unser Land hat und nicht auf Angst setzt. Wir wollen als Schweiz weiterkommen.

### Nein zur SBI

Die Selbstbestimmungs-Initiative, über die wir am 25. November abstimmen, ist ein gutes Beispiel hierfür. Die Initiative will, dass die Bundesverfassung einen generellen Vorrang gegenüber internationalen Verträgen erhält. Was in der Theorie einfach klingen mag, führt in der Praxis zu massiver Rechtsunsicherheit. Für die FDP ist klar: Unser Wohlstand, die Stabilität und Rechtssicherheit dürfen nicht ohne Not gefährdet werden. Damit die Schweiz ein Erfolgsmodell bleibt, muss sie ein verlässlicher Partner bleiben. Darum: Nein zum Frontalangriff auf unsere Rechtssicherheit, nein zur Selbstbestimmungs-Initiative! Weitere Informationen zur Selbstbestimmungs-Initiative finden Sie in diesem Freisinn.

### Danke Hannes!

Ein Vorzeige-Vorkämpfer für das Erfolgsmodell Schweiz ist unser Bundesrat Johann Schneider-Ammann. In seinen acht Jahren als Bundesrat hat er einen grossen Leistungsausweis erbracht und viel für unser Land erreicht. Ich danke ihm von ganzem Herzen für sein unermüdliches Engagement! Für uns als Partei heisst sein Rücktritt aber natürlich auch, dass wir seine Nachfolge regeln müssen. Die FDP-Liberale Fraktion wird an ihrer Sitzung vom 16. November entscheiden, wer auf das Ticket für die Nachfolge kommen wird. An der Roadshow in Liestal haben sich die Kandidatinnen und Kandidaten bereits der Bevölkerung präsentiert. Wenn auch Sie sich ein persönliches Bild der Anwärterinnen und Anwärter machen möchten, dann kommen Sie am 12. November an den Roadshows in Winterthur oder am 14. November in Yverdon vorbei und lernen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten kennen.

Ihre Petra Gössi

Fortsetzung von Seite 1

Freude Sie alle für die liberale Sache kämpfen und den Wahlkampf vorantreiben. Dieses Feuer ist ansteckend, nicht nur bei mir, sondern bestimmt auch bei den Wählerinnen und Wählern. Hierfür möchte ich Ihnen allen ganz herzlich danken.

Auch unsere Kandidatinnen und Kandidaten brauchen sich nicht zu verstecken. Bereits die Ausmarchung um das «Regierungsratssticket» hat wieder einmal gezeigt, wie viele sehr profilierte «Köpfe» die FDP vorzuweisen hat. Und die Wahllisten für den Kantonsrat sind ein Querschnitt durch die Zürcher Bevölkerung, eine gute Mischung als Jung und Alt, Stadt und Land, Frau und Mann sowie quer durch alle Ausbildungen, Berufe und Lebenspläne. Und alle verbindet Eines: den Einsatz für einen liberalen Kanton Zürich.

### Im direkten Austausch mit der Bevölkerung

Noch stärker als bisher wollen wir im kommenden Wahlkampf auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen und sie da abholen, wo sie sich aufhalten: nämlich unterwegs in den Quartieren, in den sozialen Netzwerken und zu Hause. Nebst den klassischen Stand- und Flyeraktionen setzen wir deshalb auf einen intensiven Wahlkampf in den sozialen Medien. Hierzu führen wir im Rahmen der FDP Akademie diverse Schulungen für alle FDP-Mitglieder durch, die ich Ihnen aus eigener Erfahrung nur wärmstens empfehlen kann. Auch haben wir das Wahlkampfteam der Kantonalpartei um ausgewiesene Spezialisten im Bereich Online-Wahlkampf ergänzt. Folgen Sie uns also auf Twitter, Facebook und Instagram. Damit Sie rund um die Wahlen 2019 auf dem Laufenden bleiben, haben wir die Website [www.wir-machen.ch](http://www.wir-machen.ch) ins Leben gerufen.

Diese wird im Laufe der nächsten Wochen und Monaten kontinuierlich mit Inhalten angereichert.

Einzelne Orts- und Bezirksparteien werden im Wahlkampf in ihren Quartieren die Wählerinnen und Wähler mittels Hausbesuche ansprechen. Dabei wollen wir im direkten Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern nicht nur die FDP und ihre Werte näherbringen, sondern vor allem auch abholen, was ihnen unter den Nägeln brennt. Auch an unserem Wahlkampfauftakt am 19. Januar 2019 werden wir mit der Zürcher Bevölkerung auf Tuchfühlung gehen und zeigen, wofür die FDP steht. Mehr sei an dieser Stelle noch nicht verraten. Ich würde mich aber sehr freuen, wenn Sie wieder zahlreich erscheinen würden, so dass es ein grosses Fest wird.

### Mehr Wohnungen, mehr Grünräume

Selbstverständlich ruht trotz intensivem Wahlkampf die politische Arbeit nicht, im Gegenteil. Die Fraktion durchforstet derzeit bereits wieder das kantonale Budget 2019 nach Optimierungspotenzial und bereitet diverse Vorstösse vor. Auch verschiedene Volksabstimmungen gilt es zu gewinnen. Unter anderem steht die Zersiedlungsinitiative auf Bundesebene zur Abstimmung – eine Vorlage, die sehr schön aufzeigt, wie sich die liberale Wohn- und Raumpolitik vom rot-grünen Pendant unterscheidet: Rot-Grün prangert stetig die – angeblich – hohen Wohnungsmieten und den Kulturlandverlust an, verhindert gleichzeitig aber mit voller Absicht, dass in den Zentren mehr und dichter gebaut werden kann. Das führt unweigerlich dazu, dass die Mieten steigen und vermehrt auf der grünen Wiese gebaut wird – die hohe Leerwohnungsziffer in den peripheren Gebieten ist Ausdruck davon. Mit Initiativen wie der Zersiedlungsinitiative wollen sie



## AGENDA

### Donnerstag, 20. November 2018

a. o. Delegiertenversammlung, 19 Uhr, Glockenhaus

### Samstag, 19. Januar 2019

## Wahlkampfauftakt

11 bis 14 Uhr in der Stadt Zürich  
Reservieren Sie sich bitte den Termin, und kommen Sie am 19. Januar zahlreich nach Zürich. Wir wollen einen starken Auftritt der FDP zeigen.

dann diese fehlgeleitete Politik mit der Brechstange korrigieren. Wir Freisinnige setzen uns stattdessen dafür ein, dass dort, wo gemäss kantonalem Richtplan Wohnungen gebaut werden sollen, auch tatsächlich gebaut wird: In den Zentren muss dichteres Bauen zugelassen werden, die Bauprozesse beschleunigt und von zu hohen Auflagen befreit werden sowie zusätzliche Grünräume geschaffen werden. So schaffen wir es trotz Bevölkerungswachstum, unsere traumhafte Natur und Erholungsräume zu schützen und die Mieten für alle bezahlbar zu halten. – So macht man Zürich.

**Hans-Jakob Boesch**  
Parteipräsident FDP Kanton Zürich



# Engagement, Herzblut und Hartnäckigkeit

## Für den Kanton Zürich

Damit Zürich weiterhin Spitze bleibt, braucht es im Parlament und in der Regierung liberale, bürgerliche Kräfte. Gerne möchte ich mit Engagement, Herzblut und Hartnäckigkeit weiterhin zu einem wirtschaftlich erfolgreichen Kanton Zürich mit einer optimalen Verkehrserschliessung beitragen. Deshalb stelle ich mich bei den kommenden Regierungswahlen vom 24. März 2019 für eine 2. Legislatur zur Verfügung.

Zürich verdankt seinen Spitzenplatz seiner guten Lage im Herzen Europas und seiner guten Erreichbarkeit via Strasse, Schiene und Luftweg. Zürichs hohe Lebensqualität spielt ebenfalls eine Rolle. Ein zentraler Erfolgsfaktor unserer Wirtschaft ist jedoch das liberale Wirtschafts- und Arbeitsrecht. Dieses gilt es gegen Angriffe von links und rechts zu verteidigen. Wirtschaftsfeindliche kantonale Volksbegehren wie z.B. die «Entlastungs-Initiative» der JUSO, die «Konzernverantwortungs-Initiative» oder die «Selbstbestimmungs-Initiative» auf Stufe Bund sind abzulehnen, da sie die wirtschaftliche Freiheit und Stabilität drastisch einschränken würden. Wir dürfen uns aber nicht nur in einen Abwehrmechanismus begeben, sondern müssen aktiv unseren Wirtschaftsstandort fördern. Der Zürcher Regierungsrat hat auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion das erste Gesetz mit Ablaufdatum, eine sogenannte «Sunset-Legislation», vorgelegt. Mit dem Innovationspark in Dübendorf unterstützt der Kanton Zürich zudem die Bemühungen, dass Zürich weiterhin einer der innovativsten Wirtschaftsstandorte der Welt bleiben wird. Gerne würde ich mich auch in meiner 2. Legislatur als Regierungsrätin für unseren Wirtschaftsstandort einsetzen.

### Vorwärtsmachen, um vorwärtszukommen

Eine hohe Lebensqualität setzt auch gute Erreichbarkeit voraus. Mit dem Flughafen Zürich, welcher rund 70 internationale Direktverbindungen anbietet, einem öV-System, welches weitherum Anerkennung findet, und einem soliden Strassennetz sind wir gut erschlossen. Unsere Verkehrsinfrastruktur stösst jedoch an ihre Grenzen. Damit wir weiterhin auf Strasse und Schiene vorwärtskommen, sind dringend notwendige Projekte voranzutreiben. Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Wirtschaft und insbesondere das Gewerbe, sind

auch in Zukunft auf eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Hier eine Auswahl von Projekten, die ich zusammen mit meiner Direktion in den letzten Jahren vorangetrieben habe:

**Umfahrung Grüningen:** Seit Jahren ist das Städtchen Grüningen vom Strassenverkehr belastet. Eine Lösung soll her, welche das historische Ortsbild schützt. Im vergangenen September konnte der Kanton Zürich eine Lösung präsentieren, welche sowohl den Anliegen der Bevölkerung als auch des Heimatschutzes Rechnung trägt: Ein Brückenbauwerk des spanisch-schweizerischen Architekten Santiago Calatrava soll realisiert werden.

**Limmattalbahn:** Staus und überlastete Busse sind im Limmattal bereits heute Realität. Die Region wird weiter boomen. Somit steigt auch das Mobilitätsbedürfnis weiter. Die Limmattalbahn bringt Verbesserungen für den öV, für den MIV sowie den Langsamverkehr. Das Projekt stellt die zukünftige Mobilität im Limmattal sicher.

**Rosengarten:** Lärm und Stau: Die Zürcher Rosengartenstrasse ist landesweites Symbol einer verfehlten Verkehrspolitik. Nach einem fast 50-jährigen Dauerprovisorium liegt nun eine von Stadt und Kanton Zürich getragene Lösung vor, welche das Quartier beruhigen, gleichzeitig jedoch die wichtige Verkehrsachse für die Wirtschaft sichern soll: das Rosengartenram und der Rosengartentunnel.

**Oberlandautobahn:** Die Autobahnlücke zwischen Uster und Hinwil soll endlich geschlossen werden. Ab 2020 wird die Oberlandautobahn Eigentum des Bundes. Somit wird er auch für die Lückenschliessung verantwortlich sein. Der Regierungsrat hat dieses Jahr einen Planungskredit gesprochen, damit der Kanton Zürich dem Bund 2020 ein möglichst ausgereiftes Projekt übergeben kann.

**Umfahrung Eglisau:** Heute fahren unter der Woche rund 22 000 Fahrzeuge und zahlreiche Last-

wagen durch Eglisau. Gleichzeitig soll das historische Ortsbild bestmöglich geschützt werden. Der Zürcher Regierungsrat verfolgt daher zwei Brückenvarianten weiter: eine Option direkt «im Schatten» der bestehenden Eisenbahnbrücke, zum andern eine tiefer gelegene Brücke.



Carmen Walker Späh

All diese Projekte sind für die lokale Bevölkerung von grosser Bedeutung, haben aber auch für den Restkanton eine wichtige Bedeutung. Der Solidaritätsgedanke ist hier besonders wichtig: Der ganze Kanton befindet über regionale Projekte. So wird im Falle einer Volksabstimmung auch die Sternberger Bevölkerung über den Rosengarten befinden, aber auch die Stadt Zürich wird dereinst über die Umfahrung Grüningen abstimmen. Für die möglichst rasche Realisierung dieser Projekte werde ich mich auch in Zukunft einsetzen.

### Digitalisierung braucht freisinnigen Gründergeist

Die FDP als Gründungspartei des modernen Bundesstaates sollte ihren freisinnigen und liberalen Gründergeist für die digitale Revolution beibehalten. Nehmen wir die Digitalisierung als Chance wahr, ermöglichen wir den digitalen Fortschritt, anstatt ihn durch Gesetze und Verbote abzuwürgen. Die FDP könnte heute auch freisinnig-digitale Partei heissen. Die Politik muss sich für die Digitalisierung rüsten: Dazu brauchen wir auch eine Politik 4.0 mit Sunset Legislation und zurückhaltender Regulierung. Die zarten Blüten der Digitalisierung dürfen nicht mit dem Bürokratierasenmäher erstickt werden.

**Carmen Walker Späh, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Zürich**

# Regierungsräte sollen auch Influencer sein

## Influencer

Die Einzigartigkeit unseres Regierungssystems zeigt sich darin, dass man im Bund und in den Kantonen nicht für ein bestimmtes Ressort, sondern in ein Kollegium gewählt wird. Und das ist gut so. Ich werde drei Anliegen als «Influencer» in den Wahlkampf tragen, die ich persönlich für wichtig erachte und die ich gerne auch mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Regierungsrat diskutieren und umsetzen würde. Wenn ich denn gewählt werde.

Wenn ich mit Leuten zusammensitze und rede, merke ich seit langem, dass viele ernsthaft besorgt sind über die sichtbare Destabilisierung der Welt. Wohin führt die Unberechenbarkeit der Herren Trump, Putin, Erdogan? Zu spüren ist Angst vor neuen Konflikten und vor Terroranschlägen. Sie fragen, wie sicher ist unser Land? Wie sicher ist der Kanton? Zürich darf stolz sein auf seine Polizeikräfte. Auf alle Angehörigen der kantonalen und der kommunalen Polizeieinheiten. Sie machen rund um die Uhr einen hervorragenden Job. Die Zeiten sind ernster geworden, auch die Bedrohungslagen. Und diese wiederum sind vielseitiger geworden. Mit Cybercrime beispielsweise musste sich vor zwanzig Jahren niemand auseinandersetzen. Es ist klar: Die Erhöhung der Mannschaftsbestände steht zur Diskussion. Auch, weil es unerträglich ist, weiter zulassen zu müssen, dass kleine Polizeiteams bei ihren Einsätzen immer öfter von einer gewaltbereiten Menge angepöbelt, bedroht und verletzt werden. Es ist an uns, den Polizeikräften den Rücken zu stärken.

### Gesunde Umwelt in einem gesunden Kanton

Freisinnige müssen nicht vom Wert einer intakten Umwelt überzeugt werden, sei es mit Blick auf die eigene Lebensqualität, sei es als Standortfaktor. Viele Weichen sind richtig gestellt, auch im Kanton. Insbesondere im notwendigen Kampf gegen das Kohlendioxid. In Neubauten werden heute kaum mehr fossile Heizungen eingebaut, die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Brennstoffen sind seit 1990 um über 25 Prozent gesunken. Gebäudesanierungen sind das Gebot der Stunde. Das ist sinnvoll, machen Gebäude doch rund 40 Prozent des Strombedarfes aus und verursachen rund einen Viertel des CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Auf diesem Weg muss weitergegangen werden. Denn es zeigt etwas ganz deutlich:

Der Erfolg liegt dort, wo ökonomische und ökologische Vorteile zusammenfallen. Das gilt für Private genauso wie für Unternehmen: Die 3852 Unternehmen, die in Zusammenarbeit mit der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) eine Zielvereinbarung mit dem Bund unterschrieben haben, sparen seit 2001 mit den seither umgesetzten Massnahmen kumuliert rund 2,3 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr oder mehr als 30 Prozent ein. Umgerechnet entspricht das den zweifachen, jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen der Stadt Zürich. Handlungsbedarf hingegen ist im Bereich der Biodiversität angezeigt – ihr müssen wir mehr Sorge tragen. Das bevorstehende Budget 2019 für den Kanton Zürich bietet hier eine Gelegenheit.

### Regulierungsdichtestress

Der Kanton Zürich geht davon aus, dass seine Bevölkerung bis 2040 um 300 000 Personen wachsen wird. Von diesen würden sich 100 000 in der Stadt Zürich niederlassen. Nur zum Vergleich: Im Kanton Zürich würde zusätzlich der ganze Kanton Wallis untergebracht. Und in der Stadt Zürich hätte zusätzlich die Bevölkerung Winterthurs Platz zu finden. Der Perspektivzeitraum beträgt 22 Jahre. In politischen Zeithorizonten gerechnet, ist das schon übermorgen. Die Herausforderung ist immens. Für die ganze Gesellschaft. Bevölkerungswachstum in diesem Ausmass heisst mehr Wohnungen, mehr Bildungseinrichtungen, mehr Spitäler, mehr ÖV, mehr Arbeitsplätze, mehr Sporteinrichtungen. Und. Und. Und.

Wachstum ist etwas Positives. Es zeigt die Attraktivität des Kantons und birgt grosse Chancen. Ich bin dankbar, dass sich die Planer in den Verwaltungen des Kantons und der Stadt Zürich auftragsgemäss mit der «Machbarkeit» des Zuwachses auseinandersetzen. Sie zeigen, wo im Kanton

durch verdichtetes Bauen Platz für den Zuwachs geschaffen werden soll. Ich zweifle nicht, dass es «machbar» ist. Aber ich will mehr wissen.

Ich will wissen, welche gesellschafts- und sozialpolitischen Auswirkungen ein solches Bevölkerungswachstum haben kann. Und was eine sol-



Thomas Vogel

che Entwicklung für die Identität von Stadt und Kanton Zürich bedeuten wird. Ich will wissen, wie die zusätzlich notwendig werdenden infrastrukturellen Investitionen der öffentlichen Hand finanziert werden können, ob die Zugewanderten ihren Teil ans Steuersubstrat leisten werden. Deshalb will ich mehr Klarheit, ob sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der Zeitachse bis 2040 so kräftig entwickeln, dass Zehntausende zusätzlicher hochqualifizierter Arbeitsplätze im Kanton geschaffen werden können.

Als Liberale müssen wir uns vor allem bewusst sein, dass jede Verdichtung zu mehr Regulierung führt. Weil sich Individuen räumlich immer näher kommen und sich dadurch neue Konfliktzonen bilden, wenn sich die Freiheit des einen immer häufiger an der Freiheit des anderen reibt.

Das sind drei meiner persönlichen «Wahlkampfthemen», die ich neben den Programmpunkten der FDP Kanton Zürich im Wahlkampf auf Strassen und Plätzen mit grosser Freude und Streitlust vertreten werde, getreu unserem Claim: Wir machen Zürich!

**Thomas Vogel**  
Kantonsrat, Fraktionspräsident

# Gegen die Interessen der weltoffenen Schweiz

## «Selbstbestimmungs»-Initiative

Am 25. November stimmt die Schweiz über die «Selbstbestimmungs»-Initiative der SVP ab. Sie will nationales Recht prinzipiell über das Völkerrecht stellen. Insbesondere für den international stark vernetzten Kanton Zürich würde das zu schwerwiegenden Problemen führen.

Der Titel der Vorlage ist geschickt gewählt – gegen Selbstbestimmung hat in einem direktdemokratischen Land schliesslich niemand etwas einzuwenden. Doch im Initiativtext verstecken sich zahlreiche Fallstricke. Grundsätzlich geht es um einen generellen Vorrang des Schweizer Landesrechts vor internationalem Recht. Ausgenommen werden nur ganz wenige Bestimmungen, etwa die Verbote von Sklaverei oder Völkermord. Bei einem Widerspruch zwischen nationalem Recht und Völkerrecht, beispielsweise einem Freihandelsabkommen, soll künftig das nationale Recht immer Vorrang haben. Entsprechende Verträge müssen neu verhandelt oder gekündigt werden. Und falls sie nicht dem Referendum unterstanden, sind sie für Schweizer Gerichte gar nicht mehr massgebend. Im Extremfall führt das zum Vertragsbruch.

### Internationales Recht schützt die Kleinen

Kleinststaaten wie die Schweiz profitieren besonders

vom Schutz, den das internationale Recht mit sich bringt. So ermöglichen Handelsorganisationen mit internationalen Schiedsverfahren, wie beispielsweise die World Trade Organization (WTO), der Schweizer Wirtschaft freien und fairen Zugang zu den globalen Märkten. Bilaterale Freihandelsabkommen erschliessen unseren exportorientierten Unternehmen neue Absatzmöglichkeiten. Auch die Gesellschaft profitiert vom Völkerrecht. So gewährleisten die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die individuelle Durchsetzung der eigenen Rechte gegen den Staat.

Was geschieht, falls die Initiative eine Mehrheit findet? Niemand weiss es so genau, und das ist genau das Problem: Die Unsicherheit wird gross sein und über mehrere Jahre andauern. Fortan würden internationale Abkommen nur noch unter Vorbehalt gelten. Wird zum Beispiel eine Volksinitiative angenommen, die solchen Abkommen widerspricht,

müssen sie neu verhandelt oder gekündigt werden. Heute hingegen sind Lösungen mit Augenmass möglich. So widerspricht beispielsweise das Landverkehrsabkommen mit der EU dem Alpenschutzartikel in der Bundesverfassung. Doch mit der Abgabe für den Schwerverkehr und dem Bau der NEAT wurde eine Lösung gefunden, die beiden Seiten gerecht wird. In Zukunft wäre das so nicht mehr möglich.

### Verträge nicht auf Vorrat kündigen

Wenn Abmachungen mit anderen Staaten nur noch unter Vorbehalt gelten, wird es der Schweiz sehr schwer fallen, neue Verträge abzuschliessen. Denn als Verhandlungspartnerin macht sie sich unglaublich und damit unattraktiv. Die Frage stellt sich, welches angebliche Problem die Initiative denn überhaupt lösen will. Wenn es den Urhebern darum geht, unliebsame Verträge zu verhindern oder zu beseitigen, dann besteht diese Möglichkeit schon heute: mittels Referendum oder Initiative. Mit ihrer soeben eingereichten Kündigungsinitiative gegen die Personenfreizügigkeit liefert die SVP hierfür gleich selbst ein Beispiel.

Die «Selbstbestimmungs»-Initiative hingegen ist eine Kündigung auf Vorrat und gefährdet das wichtige weltweite Vertragsnetz, das sich die Schweiz in jahrzehntelangen Verhandlungen aufgebaut hat. Erfolg und Wohlstand des Kantons Zürich basieren auch auf der hervorragenden, internationalen Vernetzung von Wirtschaft und Hochschulen. Die Initiative stellt die Mitgliedschaft bei der WTO, aber auch bei der Europäischen Menschenrechtskonvention in Frage und droht das Land international zu isolieren. Das kann nicht im Interesse der weltoffenen Schweiz und des Kantons Zürich sein.

### Zürcher Komitee «NEIN zur SBI»

## Gegen die Abschottung der Schweiz

NEIN

zur «Selbstbestimmungs»-Initiative



**Rosmarie Quadranti**  
Parteipräsidentin BDP  
Kanton Zürich



**Hans-Jakob Boesch**  
Parteipräsident FDP  
Kanton Zürich



**Nicole Barandun**  
Parteipräsidentin CVP  
Kanton Zürich



**Thomas Maier**  
Parteipräsident GLP  
Kanton Zürich



**Hanspeter Hugentobler**  
Parteipräsident EVP  
Kanton Zürich

[www.sbi-nein-zh.ch](http://www.sbi-nein-zh.ch)



FDP Stadt Zürich

## Von Proletariern und Klassenfeinden

Wenn wir uns an die Wählerschaft wenden, so teilen wir diese unweigerlich in Segmente ein. Wer das klug macht, der gewinnt bei den Wahlen. Wer dem zu wenig Beachtung schenkt, verliert.

Wir Freisinnigen sprechen von Tagesschulen für Familien und von Parkkarten für Gewerbetreibende. Ohne dass wir es wollen, haben wir zwei Wählersegmente geschaffen – jenes der Familien und jenes der Gewerbetreibenden. Dieser Mechanismus ist so tief in uns verankert, dass eine andere Form der politischen Kommunikation kaum vorstellbar ist. Wer dagegen behauptet, seine Politik würde die Interessen aller vertreten, der wird als beliebig wahrgenommen. Eine sehr scharfe Segmentierung hat vielfach auch dann Erfolg, wenn sie im Grunde inhaltslos ist. Eines der krassesten Beispiele dafür lieferte 1994 Jörg Haider mit einer Plakataktion: «Sie (ÖVP und SPÖ) sind gegen ihn (Haider), weil er für Euch (Wähler) ist.» Wähler gewinnt, wer Segmente wählt, in denen sich die Wähler wiedererkennen, ihre Probleme anspricht und Antworten darauf hat. Mehrheitlich gehen wir aber umgekehrt vor: Wir haben eine politische Massnahme und schauen dann, welches Segment darauf ansprechen könnte. Es ist egal, wie man vorgeht, solange man damit Wähler an die Urne bringt.

Die Segmentierung muss jedoch sorgfältig vorgenommen werden. Zu kleine Segmente sprechen zu wenige Personen an. Zu viele Segmente sind aufwendig in der Bearbeitung. Dicke Parteiprogramme, die für jeden etwas drin haben, nützen nichts, weil sie den Wähler nie erreichen. Auch dürfen Segmente nicht so diffus sein, dass sich der Wähler nicht darin wiedererkennt. Rückblickend bin ich der Meinung, dass die Top-5-Kampagne in der Stadt Zürich all diese Fehler begangen hat.

Die Segmentierung muss aber auch mit der Zeit gehen. Sie ist zunehmend erfolgreich, wenn sie sich nicht an oberflächlichen Merkmalen orientiert. Die SP Stadt Zürich hat uns in den letzten Wahlen gezeigt, wie es geht, und massiv Wähler gewonnen. Bei ihrer Gründung hatte die SP die Wähler wie Marx in Proletarier und Klassenfeinde eingeteilt. Diese Einteilung war äusserst erfolgreich; heute ist sie restlos überholt und wird von der SP nicht mehr angewendet. Die neuen Segmente der SP teilen die Wähler nicht nach sozialen und ökonomischen Kriterien ein (Bildung, Beruf, Einkommen, Ge-

schlecht, Herkunft etc.). Die SP versteht es, die Wähler jenseits von einem Denken in Klassen und Schichten, nur auf Grund ihrer Lebenseinstellung, ihrer Einstellung zur Gesellschaft und zum Staat anzusprechen.



Severin Pflüger

Das sollte uns als Vorbild dienen. Wir müssen uns überlegen, wer unsere Einstellung zum Leben, zur Gesellschaft und zum Staat teilt und diesen für uns an die Urne bringen.

**Severin Pflüger**  
Präsident FDP Stadt Zürich



Max Fritz

Nachruf

## Zum Hinschied von Max Fritz

Am Donnerstag, 11. Oktober, mussten wir im Fraumünster Abschied nehmen von unserem äusserst geschätzten Stadtparteipräsidenten und Fraktionspräsidenten Max Fritz. Zusammen mit seinen Angehörigen sind wir zutiefst betroffen, dass Max viel zu früh gehen musste. Er ist am 3. Oktober 63-jährig nach kurzer schwerer Krankheit gestorben.

Max Fritz war von 1990 bis 2000 Mitglied des Zürcher Gemeinderats und von 1994 bis 1996 Fraktionspräsident. Von 1996 bis 1999 präsidierte er die Stadtpartei.

Der Verstorbene war kein Politiker der lauten Töne. Vielmehr überzeugte er mit seiner besonnenen und ausgeglichenen Art. Er war ein durch und durch freisinniger Geist und ein umgänglicher und fröhlicher Parteikollege. Nach seiner aktiven Politzeit in der Partei war Max Fritz ein gern gesehener Gast am jährlichen Alt-Gemeinderatsessen oder an anderen Parteiveranstaltungen, wo der Musikalische die Gäste hin und wieder mit seinen Jazzeinlagen am Klavier unterhielt. Nach der Parlaments-

politik wechselte er den Schwerpunkt zur Verbandspolitik und kümmerte sich um Arbeitgeber- und Energiefragen. Viele Freisinnige sind ihm deshalb immer wieder in den verschiedensten Gremien auch beruflich begegnet.

Wir sind traurig, aber dankbar für sein Engagement für die freisinnige Partei und werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Seiner Familie sprechen wir unser herzlichstes Beileid aus.

**Für die FDP Stadt Zürich**  
**Severin Pflüger, Präsident**

FDP Stadt Winterthur

# Lebensqualität und Stadtentwicklung

Die FDP will ein Winterthur für alle – eine Stadt, die viel Lebensqualität bietet. Durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und dank gesunden Stadtfinanzen haben Junge bessere Perspektiven. Zudem sollen sich unsere Bürger in Sicherheit und dank guten Verkehrswegen flüssig bewegen können. Daneben gilt es, dem ausgezeichneten Bildungswesen Sorge zu tragen und für eine zukunfts-trächtige Entwicklung unserer Stadt wie auch gute Freizeitmöglichkeiten zu sorgen. Winterthur braucht im Kanton als zweitgrösste Stadt eine starke Stimme. Eine, die sich für unseren Arbeits- und Bildungsplatz und für hervorragende Infrastrukturen einsetzt. Eine, die mit Blick auf gesunde Kantonsfinanzen spricht, denn das kommt auch Winterthur zugute.

### Forderungen der FDP Winterthur

**Gewerbe und Bildung bringen Innovation:** Wir wollen die Verflechtung von Berufsbildung, Wissenschaft (ZHAW) und Wirtschaft weiterentwi-

ckeln und damit unseren Wirtschaftsstandort noch attraktiver gestalten.

**Intelligente Mobilität statt Klassenkampf auf der Strasse:** Der Verkehrsraum wird stetig verknappt, Fahrbahnen verengt, Strassen zugebaut und der Fluss immer mehr behindert. Der Strassenraum muss erhalten bleiben. Das bringt Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer.

**Kultur – renommierte und bunte Vielfalt:** Die Kultur benötigt eine solide finanzielle Basis. Daneben sind private und wirtschaftliche Unterstützung und eine bessere Vermarktung des individuellen Angebotes notwendig.

**Finanzen – nur ausgeben, was man hat:** Die Sozialkosten belasten die Stadtkasse stark. Für die im Kanton finanziell stark belasteten Städte und Gemeinden muss eine Lösung für eine Entlastung gefunden werden.

**Urbanität und Grünraum nebeneinander:** Wir wollen Grünräume schaffen. Energetische Sanierungen sollen durch Anreize beschleunigt werden.

### Ausgewogene Kantonsratsliste

Die FDP Winterthur tritt mit 6 Kandidatinnen und 7 Kandidaten zu den Kantonsratswahlen an. Von total 13 Kandidierenden gehören drei den Jungfrei-



Dieter Kläy

sinnigen an. Die Kandidatinnen und Kandidaten decken ein breites Berufsfeld ab, von Juristinnen und Juristen über Kader in mittleren und grösseren Unternehmen hin zu Gewerbetreibenden und im Bildungssektor Tätige. Das Durchschnittsalter liegt bei 40 Jahren.

**Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur**

### Energiepolitik

## Verdoppelung des Deckungsgrads seit 2010

Eine nachhaltige Energiepolitik spricht mehrere Ziele der FDP-Vision an. Die FDP Bezirk Affoltern war 2008 Hauptinitiant des Schwerpunktprojekts «Energie-Region Knonauer Amt». Heute weist die Region beachtliche Resultate aus.

Die Steigerung der in der Region produzierten Erneuerbaren bei Strom und Wärme beträgt gegenüber 2010 über 80 Prozent und deckt den Gesamtverbrauch zu 16,1 Prozent. Mehr Arbeitsplätze und Beschäftigte, deutliche Zunahme der Steuerkraft sowie zusätzliches Auftragsvolumen für das Gewerbe sind einige der positiven Begleiterscheinungen.

Es waren die Wirtschaftsverbände und KR Jean-Jacques Bertschi, welche die Gemeinden veranlassen, 2003 ein breit abgestütztes Leitbild für die Region zu verfassen. Nach dessen Zielsetzung wollen sie den naturnahen Raum erhalten und gleichzeitig die hohe Wohn- und Lebensqualität erhalten. Dazu gehört unter anderem, dass den Unternehmen und dem Gewerbe Sorge getragen wird. 2010 startete die regionale Standortförderung das Schwerpunktprojekt «EnergieRegion Knonauer Amt». Heute liegen Daten für die ersten 6 bis 7 Jahre vor. Die Entwicklung ist ein Beweis dafür, dass die Energiewende gelingen kann.

Effizienzmassnahmen führten gegenüber 2010 zu einer Reduktion beim Energieverbrauch (Strom

und Wärme) von 17 Prozent pro Kopf. Der Anteil der Erneuerbaren am Verbrauch hat sich verdoppelt. Die seit 2010 um das 2,2-fache gestiegene Wärmeleistung der Erdsonden entspricht einem Ölverbrauch von 7,8 Mio. Litern pro Jahr, was zurzeit ebenso vielen Franken entspricht. Geld, das Jahr für Jahr in der Region bleibt. Das Stromeffizienz-Programm (2014–2017) brachte eine Strom-einsparung von über 800 MWh pro Jahr und ein Auftragsvolumen für das Gewerbe von gegen 1,4 Mio. Franken. Im Rahmen des Gebäudeprogramms wurden im Säuliamt für 740 Gebäudesanierungen von 2010 bis 2017 5,5 Mio. Franken ausbezahlt, was einem Auftragsvolumen von mindestens 37 Mio. Franken entspricht. Das kommt wiederum dem Gewerbe zugute und zeigt, dass Effizienz-massnahmen sowohl Energie und Kosten sparen, wie auch wirtschaftlich interessant sind. Obwohl primär eine Wohnregion, nahmen sowohl Arbeits-stätten wie die Zahl der Beschäftigten im Knonauer Amt von 2011 bis 2015 um 5,4 Prozent bzw. 4,3 Prozent zu. Auch die Gemeinden «profitierten»

dank höheren Steuererträgen. Der Bezirk weist von 2007 bis 2016 eine Zunahme von 34 Prozent beim Steuerertrag und eine Erhöhung der Steuerkraft pro Kopf von 21,1 Prozent (Kanton 14,9 Prozent) aus. Natürlich ist diese erfreuliche Entwicklung nicht allein auf den Bereich «Energie» beziehungsweise die Massnahmen für eine nachhaltige Energie-zukunft zurückzuführen. Es ist die Gesamtheit der Massnahmen und Projekte, die mit der Erarbeitung des Leitbilds begann und seither bewusst fortge-setzt wurden. Der Bereich «Energie-Umwelt» ist ein wichtiger Teil davon.

### Fazit

Der Wille der Ämtler, ihren nachfolgenden Generationen ein lebenswertes Knonauer Amt zu übergeben, kommt allen zugute – der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Umwelt. Und das zu gleichen Teilen. Die Region ist gut unterwegs. Wenn sie in gleicher Weise weitermacht, wird sie ihr Ziel gemäss Leitbild gut erreichen. Dieses lautet: «Das Knonauer Amt nachhaltig fördern und sichern – auf den gleichberechtigten Säulen Gesellschaft – Ökologie – Wirtschaft». Es waren und sind nicht zuletzt FDP-Exponenten, welche sich in der bürgerlich dominierten Region täglich dafür einsetzen – zum Wohle künftiger Generationen. Wir machen Zürich.

### Charles Höhn

FDP-Mitglied und Projektleiter  
Forum Energie-Umwelt Knonauer Amt

## FDP Andelfingen

## Klare Vorstellungen zur Entwicklung

Aus den Kantonsratswahlen 2015 ging die FDP Bezirk Andelfingen als Wahlsiegerin hervor. Sie legte 5-Prozentpunkte zu und hat damit zum zweiten Mal die SP auf den dritten Platz verwiesen. Damit liegt die Latte für die Kantonsratswahlen 2019 hoch.

Flächenmässig ist der Bezirk Andelfingen der grösste, mit einer Bevölkerungsdichte von 188 pro Quadratkilometer der am dünnsten besiedelte des Kantons. Nur 2 Prozent der Zürcherinnen und Zürcher wohnen im Weinland. Umso mehr Gäste verzeichnen wir an den Wochenenden. Dann suchen Städter hier Erholung, geniessen die intakte Landschaft, die gepflegten Bauten, den Rheinfluss, das Schloss Laufen und die lokalen Köstlichkeiten. Dass auch unsere Dörfer noch weitgehend von den charakteristischen Riegelbauweise geprägt sind, beschert uns Ansässigen nicht nur Freude.

Gemäss dem kantonalen Richtplan soll der ländliche Charakter des Weinlandes erhalten bleiben. Dagegen wehren wir uns nicht. Es kann indessen nicht sein, dass unsere Entwicklung unter einer

Glasglocke erstickt. Die wirtschaftliche Entwicklung ohne weitere Gewerbegebiete und einen Zuwachs an Arbeitsplätzen wird empfindlich gestört. Wir Freisinnige setzen uns für den gezielten Aufbau gemeindeübergreifender Gewerbezon ein. Wir brauchen neue Arbeitsplätze vor Ort, denn wir wollen keine Schlafgemeinden in unserem Bezirk. Trotz einer ansprechenden Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr möchten wir tendenziell nicht noch mehr Pendler nach Winterthur und Zürich. Für dieses Ziel erwarten wir Unterstützung des Kantons.

Unsere Region ist seit bald fast 20 Jahren im Prozess des Sachplans geologische Tiefenlager für die radioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken, Industrie, Forschung und Medizin eingebunden. Die Sicherheit muss an oberster Stelle bei der Wahl eines Tiefenlagerstandortes stehen. Politische oder ideologisch motivierte Positionen oder Entscheidungen lehnen wir entschieden ab. Sollte sich am Ende aller nötigen Untersuchungen herausstellen,

dass der sicherste Standort in unserer Region liegt, so haben wir die Verantwortung, den Bau zu unterstützen. Gleichzeitig muss klar auf dem Tisch lie-



Martin Farner

gen, wie sich die Region wirtschaftlich weiterentwickeln kann. Eine Unterstützung des Kantons ist deshalb unerlässlich.

**Martin Farner, Kantonsrat**

## FDP Bezirk Dietikon

## «Mit Zuversicht in die Zukunft»

Die FDP des Bezirks Dietikon hat das Ziel, den durch unglückliche Umstände verlorenen 3. Sitz bei den Kantonsratswahlen 2019 wieder zurück zu holen. Dies bedeutet einen Wähleranteil von über 20 Prozent. Ambitiös, das wissen wir, aber als FDP dürfen wir unsere Ziele ruhig hochstecken. Wir haben in den Gemeinderatswahlen 2018 vorwärts gemacht und das Resultat dank guter, solider Arbeit in den Gemeinden erreicht.

Unsere Kernthemen, unter dem Titel «Mit Zuversicht in die Zukunft» lauten: Wirtschaft, Verkehr, Lebensqualität und Bildung. Mit diesen vier Themen wollen wir unsere Wählerinnen und Wähler im Bezirk bei den Kantonsratswahlen abholen. Schon kurz nach den Kantonsratswahlen fährt im Sommer 2019 die Limmattalbahn bis nach Schlieren. Die Bahn fährt mit uns in die Zukunft. Sie wird das Herzstück des öffentlichen Verkehrs und verbindendes Element in der Siedlungsentwicklung.

### Wirtschaft

Die Limmattaler Wirtschaft ist gut unterwegs. Breit abgestützt in Industrie und Gewerbe wird sie ergänzt durch aufstrebende Firmen und Technologien in Innovationszentren und Clustern. Die guten Beziehungen unserer Kantonsräte in die Wirtschaft sorgen für die nötigen kantonalen Rahmenbedin-

gungen. Der erfolgreiche Werkplatz Zürich sorgt für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, welche unerlässlich für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben sind. Das Steuersystem und der Finanzausgleich müssen so weiterentwickelt werden, dass die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft unterstützt und die finanzstarken ermuntert werden, in unseren Kanton zu investieren. Leistung muss sich weiterhin lohnen.

### Verkehr

ÖV und Individualverkehr (MIV) müssen so weiterentwickelt werden, dass Stau vermieden wird und unsere Mobilität trotz Verdichtung gewährleistet bleibt. Neue Technologien und Anreizsysteme erhöhen die Effizienz der Verkehrssysteme. Davon profitieren alle, nicht zuletzt auch die Umwelt.

### Lebensqualität

Neue Wohnungen entstehen im Bezirk und die Bevölkerung durchmischt sich zusehends. Das wollen wir weiterhin aufmerksam begleiten. Verdichtetes Bauen ermöglicht den Erhalt von Grünflächen. Alt und jung, Neuzuzügler und Alteingesessene, ihren Bedürfnissen wollen wir durch eine kluge Politik Rechnung tragen. Alterseinrichtungen, Tagesschulen, Coworking- Arbeitsplätze und Krippen, diesen

Institutionen gelten besonders unser Augenmerk in allen Gemeinden. Familie und Arbeit sollen mit neuen Arbeitsformen nebeneinander und Hand in Hand möglich sein.

### Bildung

Wir wollen dem wertvollsten «Rohstoff» der Schweiz Sorge tragen und in zukunftssträchtige Aus- und Weiterbildung investieren. Die Berufs-



Neuer Stadtplatz Schlieren mit Dach als Wahrzeichen.

Bild: Sandro Barbieri, Schlieren

bildung, die tertiäre Bildung, aber auch die Weiterbildung am Arbeitsplatz werden helfen, dem steigenden Bedarf an Fachkräften und Spezialisten Rechnung zu tragen und gezielt auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes einzugehen.

**Barbara Angelsberger**  
Wahlkampfleiterin Bezirk Dietikon

FDP Frauen Kanton Zürich

# Wahlen 2019: Frauen im Fokus

Der öffentliche Fokus liegt bei den kommenden Wahlen stark auf der besseren Frauenvertretung in den Parlamenten. Die FDP-Frauen Kanton Zürich stellen nicht einfach Forderungen, sondern engagieren sich konstant im Thema. Diese Arbeit zeigt Früchte.

Die FDP-Frauen Kanton Zürich wollen den Anteil der FDP-Frauen im Kantonsrat nach einem Rückgang in der letzten Legislatur im 2019 wieder erhöhen. Sie streben ein möglichst ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in der Fraktion an – insbesondere dank möglichst vielen Frauen auf den vordersten Listenplätzen.

### Ausgeglichene Kantonsratslisten

Die FDP kann für die kommenden Kantonsratswahlen mit 49 Kandidatinnen aufwarten – eine Steigerung um 22 Prozent gegenüber der Wahlen 2015. In der vergangenen Legislatur haben sich die

FDP-Frauen Kanton Zürich intensiv dem Thema Nachwuchsförderung gewidmet und kontinuierlich auf dieses Ziel hingearbeitet (z. B. mit Workshops, Podiumsdiskussionen). Für die anstehenden Kantonsratswahlen werden wir unsere Kandidatinnen nach Kräften unterstützen.

Dass die FDP-Frauen Kanton Zürich so erfolgreich unterwegs sind, ist auch der guten Zusammenarbeit der FDP Kanton Zürich geschuldet. Die FDP-Frauen agieren nicht separat, sondern sind in der FDP Kanton Zürich gut eingebettet – und bewirken so gemeinsam viel für die Nachwuchsförderung.

### Vereinbarkeit von Beruf und Familie, starke Bildung und Sicherheit

Die FDP-Frauen haben sich in den vergangenen Jahren besonders in gesellschaftsrelevanten Themen positioniert. National und im Kanton lauten ihre Schwergewichtsthemen «Vereinbarkeit für Beruf und Familie», «Bildung» und «Sicherheit». Unsere Forderungen liegen auf dem Tisch: Flächendeckende Tagesschulen, steuerliche Entlastungen sowie mehr Anreize für die Erwerbstätigkeit von Frauen.

Bei der Bildung wollen wir, dass alle in die Pflicht genommen und zugleich befähigt werden, sprich Eltern, Lehrer und Lernende. Die Umsetzung des Lehrplans 21 haben wir begrüsst und werden insbesondere verfolgen wie sich das neue Modul «Medien und Informatik» weiterentwickelt. Auch das Thema Sicherheit ist für die FDP-Frauen ein grosses Thema: So auch am 29. November im Rahmen eines Podiums in Winterthur zum Thema der Stellung der Frau in den drei Weltreligionen.

**Pia Guggenbühl, Vizepräsidentin FDP Frauen Kanton Zürich, Gemeinderätin Küsnacht**

Jungfreisinnige Kanton Zürich

# Die nächste Generation

Geben Sie der heutigen Jugend, uns Jungfreisinnigen, eine Chance. Lassen Sie Taten sprechen. Um es im Motto der FDP Kanton Zürich auszudrücken: **Wir machen Zukunft!**

In einigen Monaten stehen die nächsten Kantonsratswahlen vor der Tür. Diese stellen die Weichen für die Entwicklung und die Zukunft unseres Kantons für die nächsten vier Jahre und darüber hinaus. Im ganzen Kanton sind Jungfreisinnige zwischen 18 und 35 Jahren auf den Kantonsratslisten der FDP vertreten und möchten Verantwortung im Kantonsrat übernehmen. Denn wir Jungfreisinnige sind die nächste Generation und sind aktuell drastisch untervertreten im Kantonsrat. Der Altersdurchschnitt liegt in der heutigen Zusammensetzung bei 51 Jahren. Gerade 12 der gesamten 180 Mitglieder des Kantonsrats sind unter 35 Jahren. Und dies soll einen gesamten Kanton über sämtliche Altersgruppen vertreten?

Zahlreiche positive Rückmeldungen erhalten wir aus der Bevölkerung sowie aus der FDP. Wir sollen so weitermachen, wir seien die Zukunft, und es brauche junge kluge Köpfe in der Politik. Dann geben Sie uns eine Chance, und unterstützen Sie uns. Wir haben über 15 jungfreisinnige Vertreter auf den Listen der FDP in den unterschiedlichen Bezirken. Allesamt, bereits mit jungen Jahren, poli-

tisch motiviert und leistungsbereit für die kommenden Herausforderungen.

Es werden jeden Montag Entscheidungen getroffen, die unsere Zukunft beeinflussen. Im Kantonsrat mit einem Altersdurchschnitt über fünfzig Jahren wird das Bildungssystem von morgen debattiert. Die Gesundheitsversorgung von übermorgen wird diskutiert und Mittel für die Verkehrsinfrastruktur und Mobilität der nächsten Generation verteilt. Doch wo bleibt unsere Stimme in diesem Diskurs?

Nach aufmunternden und lobenden Worten aus diversen Kreisen folgt am Wahltag oftmals eine ernüchternde Situation. Im Wahlkampf waren die jungen Vertreter auf der Liste aktiv und auf der Strasse präsent. Das Umfeld wurde motiviert und mobilisiert. Doch wie sich am Beispiel der Gemeinderatswahlen 2018 gezeigt hat, werden noch immer die jungen Vertreter nach hinten durchgereicht und Plätze auf der Liste verloren. Machen Sie es anders, wählen Sie Jung!

Wir Jungfreisinnigen setzen uns seit Jahren für einen Kanton mit Zukunft ein. Mit konkreten Vorschlägen möchten wir gestalten anstatt zu verwalten.

• So fordern wir mit der Jungfreisinnigen Mittstandsinitiative Steuersenkungen für alle natürlichen Personen, damit wir Druck auf die Ausgabenpolitik des Kantons aufsetzen können und um unseren Kanton wettbewerbsfähig zu machen.

• Mit unserem Engagement im Bildungsbereich setzen wir Druck auf die Bildungsdirektorin sowie den Bildungsrat auf, um endlich neutrale Lehrmittel als Fundament unserer Volksschule zu etablieren, was heute definitiv nicht der Fall ist.

• Wir fordern mehr Eigenverantwortung mit einer Erhöhung der Franchise in der obligatorischen Grundversicherung und einem Ausbau der ambulanten Behandlungen in den Spitälern. Wir stellen uns klar gegen die Initiative der CVP Kanton Zürich, welche mit einer erhöhten Prämienverbilligung die Wählerinnen und Wähler blenden möchten.

Wir Jungfreisinnigen setzen in allen Entscheidungen auf unseren liberalen Kompass und gehen Kompromisse nur dort ein, wo es unumgänglich ist. Unser Motto ist und bleibt: Mehr Freiheit, weniger Staat!

Geben Sie uns Jungfreisinnigen eine Chance, unsere Stimme geltend zu machen und die Weichen auch für die nächste Generation zu setzen. Wählen Sie uns jungfreisinnige Vertreter auf den Kantonsratslisten doppelt, und unterstützen Sie unsere Aktivitäten. Denn wir machen Freisinn!

**Sandro Lienhart**  
Präsident Jungfreisinnige Kanton Zürich



## Eine glänzende Bilanz

Danke, Hannes!

Johann Schneider-Ammann hat die Schweiz durch turbulente Zeiten geführt. Statt Profilierung zu betreiben, setzte er sich stets für Wohlstand, Jobs und die Menschen in der Schweiz ein – und das wird er noch bis Ende Jahr mit dem gewohnten Herzblut tun. Seine Erfolgsbilanz spricht für sich.

• **Mister Freihandel:** Seit seinem Amtsbeginn sind FHA mit 20 Partnern in Kraft getreten, darunter China, Kolumbien, Philippinen, Ukraine sowie mit Indonesien. Das entspricht der Hälfte aller Partner, mit denen die Schweiz derzeit ein FHA hat. Aktuell laufen Verhandlungen u. a. mit Mercosur, Malaysia, Vietnam und Indien. Zudem hat er vor kurzem exploratorische Gespräche mit den USA aufgenommen.

• **Digitalisierungsminister:** Frühzeitiger Vorkämpfer für die Digitalisierung in der Schweiz, u. a. mit dem Aktionsplan Digitalisierung für Bildung, Forschung und Innovation (mit 216 Millionen); Gründung Beirat Digitale Transformation WBF und UVEK; wirtschaftspolitische Weichenstellungen mit dem entsprechenden SECO-Bericht; brachte die Blockchain-Thematik auf das politische Parkett

• **Liberaler Chrapfer für Jobs:** Unermüdlicher Einsatz für liberale Rahmenbedingungen in einem schwierigen Umfeld, inkl. zwei Frankenstärke-Krisen; Lancierung als Schirmherr der privaten Swiss Entrepreneurs Foundation mit 500-Millionen-Franken-Fonds für Start-ups; zwei Massnah-

menpläne zur administrativen Entlastung grösstenteils umgesetzt; Vereinfachungen bei der Arbeitszeiterfassung; mit seinem Engagement damit beigetragen zur hervorragenden Situation der Schweiz: tiefe Arbeitslosigkeit, hohe Beschäftigung, hohe Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Förderung inländischer Fachkräfte z. B. mit Masterplan Pflegeberufe.

• **Patron der Berufsbildung:** Überzeugter Promoter der Berufslehre im In- und Ausland; trotz Akademisierungstendenzen die Quote von zwei

Drittel aller Jugendlichen in der Berufslehre gehalten; SwissSkills ins Leben gerufen; Werbung für die Berufslehre auch im Ausland (z. B. Zusammenarbeit mit den USA); Stärkung höhere Berufsbildung.

• **Bildungs-, Forschungs- und Innovationsminister mit Durchschlagskraft:** Vollsozialisierung Horizon2020 gesichert; Zusammenführung aller Bildungsthemen auf Bundesebene ins neue SBFI; Weiterbildung Geringqualifizierte gestärkt; Realisierung des Projekts «Innovationspark Schweiz»; Gründung Innosuisse (Nachfolgeorganisation KTI); Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz geschaffen.

• **Fürsprecher für die gelebte Sozialpartnerschaft:** Verfechter des Dialogs zwischen Arbeitge-



Beste Bildungsmöglichkeiten für die zukünftigen Generationen liegen Johann Schneider-Ammann besonders am Herzen.

ber und Arbeitnehmer und damit Grundlage für Arbeitsfrieden als bedeutender Standortvorteil; GAV statt starre Gesetze; Bekämpfer von mehr Regulierung im Arbeitsmarkt (z. B. 1:12-Initiative, Ausbau Kündigungsschutz).

• **Sieger in Volksabstimmungen:** 8 von 9 Abstimmungen gewonnen, u. a. Mindestlohn, 1:12, Liberalisierung Tankstellen, Stipendien, Nahrungsmittelspekulation, Ernährungssicherheit und -souveränität.

• **Reformator der Landwirtschaft:** Mit AP14–17 erfolgreiche Weichenstellung für stärkere Ausrichtung auf Markt und Verfassung; bot als erster Landwirtschaftsminister seit Jahren den Bauern die Stirn und bleibt auf Öffnungskurs.

«Hannes Schneider-Ammann hat sehr viel für den Fortschritt unseres Landes gemacht und die Grundwerte der FDP hervorragend vertreten. Lieber Hannes – vielen, vielen Dank für Deinen grossen Einsatz für unsere Schweiz!» Petra Gössi

# Kompetenz, Konkordanz, Kollegialität

## Der Weg zur Bundesratsersatzwahl

Die FDP verfügt über hervorragend qualifizierte Personen auf allen politischen Ebenen. Wie aber wird entschieden, wer im Bundesrat an die Stelle von Johann Schneider-Ammann treten wird? Was Sie über den Weg hin zur neuen Bundesrätin oder zum neuen Bundesrat wissen müssen.

Die geeignete Person ist glaubwürdig, medial gewandt und in der Bevölkerung verankert. Sie ist zudem durchsetzungsfähig und legt trotzdem Wert auf eine konsensorientierte Politik: Für die Suche nach der idealen Nachfolge von Bundesrat Schneider-Ammann hat die FDP ein klares Anforderungsprofil definiert. Die Kantone und die der FDP nahestehenden Organisationen waren eingeladen, Kandidierende mit einwandfreiem Leumund und umfassendem Leistungsausweis vorzuschlagen, welche ihr Engagement für die FDP seit Jahren unter Beweis stellen.

Im Mittelpunkt des gesamten Nominationsprozesses stehen immer die bewährten drei «K»: Kompetenz, Konkordanz und Kollegialität. Sie sind die zentralen Voraussetzungen für eine Wahl. Nachdem die Kantone ihre Kandidatinnen und Kandidaten nun definiert haben, werden Regierungsrat Christian Amsler, Ständerätin Karin Keller-Sutter und Ständerat Hans Wicki von der eingesetzten Prüfungskommission in Augenschein genommen. Sie überprüft die Kandidierenden und stellt einen einwandfreien Leumund im politischen, beruflichen und privaten Leben sicher.

### Kommen Sie vorbei!

Die potenziellen Nachfolger von Bundesrat Schneider-Ammann werden aber nicht nur hinter verschlossenen Türen geprüft: Die Kandidierenden können sich auch an verschiedenen Roadshows der Öffentlichkeit präsentieren (Termine siehe unten). Für Interessierte ist das die ideale Gelegenheit, sich selber ein Bild zu machen, ihnen Fragen zu stellen.

Die Fraktion wird schliesslich am 16. November die Nomination des «Tickets» vornehmen: Die dort getroffene Auswahl stellt sich zuerst den Hearings der verschiedenen Fraktionen und schliesslich der Wahl am 5. Dezember.

### Zeitplan

**12. und 14. November**  
Roadshows

Vorsessionale Fraktions-sitzung: Anhörung der Kandidierenden und Definieren des Tickets

**27. November und 4. Dezember**  
Hearings bei den anderen Fraktionen

**5. Dezember**  
Bundesratsersatzwahl

**12. Januar**  
Delegiertenversammlung; Verabschiedung BR Johann Schneider-Ammann

**FDP**  
Die Liberalen

Lernen Sie unsere Bundesrats-Kandidaten kennen.  
Gemeinsam weiterkommen.

www.fdp.ch  
Twitter Facebook Instagram LinkedIn

**12. Nov.**  
19:30 Uhr  
Kongresshaus  
Liebestrasse,  
Winterthur

**14. Nov.**  
18:30 Uhr  
salle Aula Magna  
du Château,  
Yverdon

**Christian Amsler**

**Karin Keller-Sutter**

**Hans Wicki**



# Engagierte Exekutivarbeit

Bundesratskandidat Christian Amsler

Es ist eine seltene Chance für Schaffhausen: Mit Regierungspräsident Christian Amsler könnte der Kanton ganz im Norden der Schweiz erstmals einen Bundesrat stellen. Mit Amsler wurde von der FDP Schaffhausen denn auch ein sehr versierter, vielseitiger und erfahrener Exekutivpolitiker zum Bundesratskandidat nominiert.

Die FDP des Kantons Schaffhausen freut sich sehr, mit dem Schaffhauser Regierungspräsidenten Christian Amsler offiziell in die Bundesratswahlen einsteigen zu dürfen. Es ist für den Kanton ennet dem Rhein eine historische Chance: Schaffhausen konnte noch nie in der Geschichte der Eidgenossenschaft einen Bundesrat stellen!

Mit dem 54-jährigen FDP-Regierungsrat Christian Amsler verfügen die Schaffhauser Freisinnigen über einen versierten, vielseitigen und erfahrenen Exekutivpolitiker. Seit 2010 ist Christian Amsler Mitglied der Schaffhauser Regierung und steht dem Bildungsdepartement mit den Bereichen Bildung, Sport, Kultur, Kirchenwesen, Familie und Jugend, sowie Aussenbeziehungen vor.

### Ausgezeichnetes Netzwerk

Neun Jahre lang war er Gemeindepräsident seiner Wohngemeinde Stetten und acht Jahre Kantonsrat, Fraktionspräsident der FDP-JF-CVP-Fraktion und vor seiner Wahl in die Regierung auf der Präsidentenlaufbahn als 2. Vizepräsident des Schaffhauser Kantonsrates. 2018 präsidiert er nach 2014 zum zweiten Mal die Schaffhauser Regierung. Regie-

rungsrat Christian Amsler verfügt über ein ausgezeichnetes nationales Netzwerk, war er doch unter anderem vier Jahre Präsident der Konferenz der Erziehungsdirektoren der Deutschschweiz, aktuell Schaffhauser Vertreter in der Konferenz der Kantone KdK und Vorstandsmitglied der ch-Stiftung.

Christian Amsler war vor seinem Eintritt in die Schaffhauser Kantonsregierung Prorektor der Pädagogischen Hochschule Schaffhausen. Der ausgebildete Lehrer und Schulleiter ist verheiratet mit Liliane Amsler-Baltswiler und Vater von drei erwachsenen Kindern. Im Militär bekleidete er den Rang eines Obersten und war Mitglied im Zentralvorstand der SOG und Präsident der KOG Schaffhausen.

### Zeitfenster stimmt

Der vielfältige Erfahrungsschatz macht Christian Amsler zu einem glaubwürdigen Kandidaten für den Bundesrat – Schaffhausen muss sich nicht verstecken. Auch das Zeitfenster stimmt: Die drei Kinder sind erwachsen und stehen gestärkt im Leben, und mit Freude steht ihr Vater im neunten Jahr als Schaffhauser Regierungsrat. Der Entscheid zur Kandidatur war denn auch wohlüberlegt.

### Steckbrief

Bürger von Schaffhausen SH und Schinznach Dorf AG, Wohnhaft in Stetten SH  
Verheiratet mit Liliane Amsler-Baltswiler, Lehrerin, Familienfrau; Vater von drei erwachsenen Kindern: Tochter Selina 1992 (Jungfreisinnige), Sohn Florian 1993, Sohn Ueli 1995

### Beruf vor der Wahl in Regierungsrat

Prorektor Weiterbildung und Dienstleistungen  
Pädagogische Hochschule Schaffhausen PHS

### Politik

- 1987–1993: Präsident der Liberalen Vereinigung Stetten
- 2000–2009: Gemeindepräsident von Stetten SH; Mitglied Kantonalvorstand, Vizepräsident FDP Kanton SH
- 2003–2010: Kantonsrat, Fraktionspräsident, 2. Vizepräsident
- Seit 2010: Regierungsrat, Vorsteher des Erziehungsdepartementes mit Bildung, Kultur, Sport, Aussenbeziehungen, Familien- und Jugendpolitik und Kirchen
- 2013–2016: Präsident Deutschschweizer Konferenz der Erziehungsdirektoren und Aufsichtsrat der Interkantonalen Lehrmittelzentrale; Präsident der Internationalen Bodenseekonferenz (2018), der Hochrheinkommission (2017 und 2018) und des Vereins Agglomeration Schaffhausen VAS
- 2014/2018: Regierungspräsident

### Militär

- Oberst ausser Dienst (aD)
- 1993–1997: Mitglied im Zentralvorstand der Schweiz. Offiziersgesellschaft
- 1993–1998: Präsident der Kantonalen Offiziersgesellschaft Schaffhausen

### Ein Brückenbauer

Christian Amsler steht für eine FDP des Brückenbauens, der gesellschaftlichen Fragen, der Kinder und Jugendlichen, der Familie, der Bildung, der Umweltfragen. Ihm ist es ein wichtiges Anliegen, zu zeigen, dass die FDP viel mehr umfasst als nur Fragen der Finanzen, der Steuern und der Wirtschaft, wie der FDP immer wieder vorgeworfen wird. Der Vollblutpolitiker leistet Tag für Tag mit Herz engagierte Exekutivarbeit im Dienste der Bürgerinnen und Bürger.

### Marcel Sonderegger

Präsident FDP.Die Liberalen Schaffhausen



# «Mich in den Dienst des Landes stellen»

Bundesratskandidatin Karin Keller-Sutter

Karin Keller-Sutter wurde von ihrer Kantonalpartei einstimmig als Bundesratskandidatin nominiert. Die 54-jährige Ständeratspräsidentin bringt die nötige Kompetenz und Erfahrung für das höchste Amt mit. Ihr klarer innerer Kompass ist ein Garant für eine freisinnig-liberale Politik zu Gunsten des ganzen Landes.

Am 20. Oktober nominierten über 300 St.Galler Freisinnige Karin Keller-Sutter als Bundesratskandidatin zu Händen der FDP.Die Liberalen Schweiz. In seiner Rede unterstrich der St.Galler Kantonalpräsident Raphael Frei Folgendes: «Bei Karin Keller-Sutter geht es nicht primär darum, dass sie aus der Ostschweiz stammt. Es geht auch nicht darum, dass sie eine Frau ist. Es geht alleine darum, dass sie überaus kompetent, erfahren, dossierfest, vernetzt und lösungsorientiert ist.»

### Eindrücklicher Werdegang

Keller-Sutter wurde am 22. Dezember 1963 geboren und wuchs in einer Gewerbefamilie auf. Sie durchlief einen reichhaltigen Bildungsweg mit Studien in Zürich, London und Montréal und war bis zu ihrer Wahl in die St.Galler Regierung im Jahr 2000 als selbstständige Übersetzerin, Konferenzdolmetscherin und Lehrbeauftragte tätig. Heute führt sie verschiedene Mandate in der Privatwirtschaft aus. Unter anderem ist sie Verwaltungsrätin der börsenkotierten Baloise Group. 1992 wurde sie in den Gemeinderat der Stadt Wil und 1996 in den

Kantonsrat gewählt. In ihrer späteren Funktion als Regierungsrätin war sie insgesamt zwei Mal Regierungspräsidentin. 2011 wurde sie in den Ständerat gewählt, den sie 2017/2018 auch präsidiert.

### Gut vernetzt in der Wirtschaft

«Keller-Sutter bringt neben ihrem politischen Rucksack auch eine langjährige Erfahrung aus der Wirtschaft mit. Dies ist angesichts der aktuellen Ausgangslage umso relevanter. Denn nach dem Rücktritt von Bundesrat Schneider-Ammann fehlt die Sicht der Wirtschaft im Bundesrat grösstenteils», sagte Nationalrat Marcel Dobler und hielt weiter fest: «Nie hat sie aber den Blick für das Gesamte verloren, weshalb sie im Parlament in vielen wichtigen Dossiers zu mehrheitsfähigen Kompromissen beigetragen hat.»

### «Freiheit vor Gleichheit»

Karin Keller-Sutter hat einen starken liberalen Kompass. Ihre politischen Grundüberzeugungen zur Beurteilung politischer Fragen fasst sie jeweils wie folgt zusammen: «Privat vor Staat», «Erwirt-

### Steckbrief

Geboren am 22. Dezember 1963  
Verheiratet, wohnhaft in Wil SG

### Ausbildung und Beruf

1970–1982: Schulen in Wil und Neuchâtel  
1982–1983: Studienaufenthalt in London  
1984–1989: Studium als dipl. Übersetzerin und dipl. Konferenzdolmetscherin, Zürich  
1986–1987: Ein Semester Politikwissenschaft an der Université de Montréal, Kanada  
1994–1996: Nachdiplomstudium in Pädagogik, Universität Fribourg  
1989–2000: selbständige dipl. Übersetzerin/dipl. Konferenzdolmetscherin sowie Lehrbeauftragte an den Berufsschulen St. Gallen

### Politische Stationen

1992–2000: Gemeinderätin Wil  
1997: Präsidentin Stadtparlament Wil  
1995–2000: Vorstand kantonaler Gewerbeverband St. Gallen  
1996–2000: Kantonsrätin  
1997–2000: Präsidentin der FDP des Kantons St. Gallen  
2000–2012: Regierungsrätin des Kantons St. Gallen (Sicherheits- und Justizdepartement), stellvertretende Finanzdirektorin  
2006/2007: Regierungspräsidentin  
2011/2012: des Kantons St. Gallen  
2010–2012: Vertreterin St. Gallens in der Konferenz der Kantonsregierungen  
2010–2012: Präsidentin der KKJPD  
Seit 2011: Ständerätin Kanton St. Gallen  
2017/18: Ständeratspräsidentin

schaften vor Verteilen» sowie «Freiheit vor Gleichheit». Dieser Kompass hindert sie aber nicht daran, gemeinsam mit anderen Lösungen im Sinne der Sache zu suchen. Die Schweiz steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen. Wenn Stärken nicht nur bewahrt, sondern auch ausgebaut und tragfähige Lösungen angestrebt werden sollen, braucht es Menschen im Bundesrat, welche die Interessen der Schweiz über alle anderen Interessen stellen. Dazu ist Keller-Sutter bereit: «Es wäre mir eine grosse Ehre und Freude, mich für unser Land in dieser verantwortungsvollen Position einzusetzen. Ich bin bereit, mich vorbehaltlos in den Dienst unseres Landes zu stellen.»

### Christoph Graf

Geschäftsführer und Fraktionssekretär FDP SG



# Ein Freisinniger durch und durch

## Bundesratskandidat Hans Wicki

Ein Macher will es wissen: Der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki (54) möchte in den Bundesrat. Wer ist dieser Mann, der dem Urschweizer Kanton erstmals zu einem Bundesratssitz verhelfen kann?

Hans Wicki ist ein Winnertyp. Wenn er etwas anpackt, dann richtig. Fast immer führt diese Zielstrebigkeit auch zum Erfolg. Das hat der Hergiswiler Politiker und Unternehmer schon mannigfaltig bewiesen. Diese Eigenschaften haben wohl auch mit dem sportlichen Hintergrund zu tun: Seine Frau Monika Wicki-Hess (54) stammt aus der Skifahrerinnen-Dynastie Hess. Monika ist die jüngere Cousine der legendären Serienseigerin Erika Hess und war ebenfalls eine Spitzenfahrerin – mit immerhin einem Weltcup-Sieg.

### Ein grosser Rucksack

Hans Wicki bringt einen attraktiven Rucksack mit ins Rennen um die Nachfolge des höchst verdienten FDP-Bundesrates Johann Schneider-Ammann. Nicht einfach einen normalen Tagesausflugsrucksack, sondern einen dreiteiligen Expeditionsrucksack. Ein seltenes Exemplar!

Im ersten Fach steckt seine legislative Erfahrung als Nidwaldner Ständerat – mit einem kantigen,

liberalen Profil. Im zweiten Fach ist seine langjährige Exekutiv-Erfahrung untergebracht – als Hergiswiler Gemeindepräsident sowie als Nidwaldner Regierungsrat und Baudirektor. Im dritten Fach blickt er auch noch auf eine anspruchsvolle unternehmerische Tätigkeit im In- und Ausland zurück. Hans Wicki weiss, was es heisst, jeden Tag für die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen zu müssen.

### Freisinniger durch und durch

Dabei ist er geblieben, was er immer war: Ein Freisinniger durch und durch. Er besitzt die notwendige Kraft, das liberale Gedankengut in den Bundesrat zu tragen: Hans Wicki setzt sich ein für optimale Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wohlstandes und stärkere Eigenverantwortung, weil die unabdingbar ist für mehr Wettbewerb und gesunde Finanzen. Er steht für eine nachhaltige Sicherung der Sozialwerke und kämpft gegen jegliche Art von Etatismus, der die weltweite Spitzenposition unse-

### Steckbrief

Wohnort: Hergiswil NW  
Geburtsdatum: 18. Februar 1964  
Familie: Verheiratet, 2 Kinder  
Erlerner Beruf: Lic. oec. publ.

### Berufliche Stationen

1987–1990: Migrosbank Zürich  
1990–1992: UBS Zürich  
1998–2000: Schindler Management AG, Hergiswil  
2000–2010: PFISTERER-Gesellschaften  
VR-Mandate: PFISTERER, Robertson Associates AG, Bergbahnen Engelberg-Trübsee-Titlis AG, Schurter Holding AG, Schindler Aufzüge AG, Auto Holding AG  
2016–: PERSPEKT GmbH, Geschäftsführer und Inhaber

### Politische Stationen

2000–2006: Gemeinderat Hergiswil  
2006–2010: Gemeindepräsident Hergiswil  
2010–2016: Regierungsrat des Kantons NW, Baudirektor; Landammann 2015/2016  
2015–: Ständerat des Kantons Nidwalden; Mitglied in Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur; Sicherheitspolitische Kommission; Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen

rer Wirtschaft gefährdet. Hans Wicki sagt es so: «Wir müssen wieder lernen, für die kommenden Generationen Politik zu machen.»

### Urschweiz stellte erst einen Bundesrat

Der Nidwaldner Ständerat möchte, sollte er aufs Ticket der FDP kommen und gewählt werden, auch für den Erhalt unseres föderalistischen Staatsaufbaus kämpfen.

Dazu gehört für Hans Wicki auch eine ausgewogene Vertretung der Regionen und Kantone in der Landesregierung. Und da hat er allen Grund zu kandidieren. Ausgerechnet die Urschweiz, das Kernstück der Eidgenossenschaft, stellte mit Ludwig von Moos aus Obwalden in der 170-jährigen Geschichte des modernen Bundesstaates gerade mal einen Bundesrat. «Eigentlich ein Unding – die Zeit ist überreif für Nidwalden!», meint auch Parteipräsident Stefan Bosshard.

### Stefan Bosshard

Präsident der FDP. Die Liberalen Nidwalden und Mitglied der FDP Fraktion im Landrat

# Zukunft der Städte, Digitalisierung und Gesundheitswesen

## Studienreise nach Singapur, Jakarta und Bali

Interesse?  
Anmeldung  
bis 09.12.2018



Foto: CPG Khoo Puat Hospitals, Jonathan Ng Ming En

Die Zukunft liegt in Asien. Wir besichtigen bei dieser geführten Reise erstaunliche Projekte in drei Städten und diskutieren mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, was die Schweiz davon lernen kann. Ihre Reise begleiten:



### Dr. Remo Burkhard

Reiseleitung. Initiierte und organisierte die erste STIP Reise im Jahr 2017. Seit 2010 Managing Director des Singapore-ETH Centre.



### Doris Fiala, Nationalrätin FDP

Nationalrätin FDP, Die Liberalen und Mitglied der Schweizer Delegation am Europarat. Arbeitet an Lösungen für Entwicklungen der Zukunft.



### Prof. Dr. Thomas Schröpfer

Professor und assoziierter Gründungsdekan des Bereichs Architektur und Nachhaltiges Entwerfen an der Singapore University of Technology and Design.



### Christoph Lang

Geschäftsführer der Flughafenregion Zürich.

### Die Eckdaten im Überblick

Teilnehmende	Min. 12, max. 18 Personen
Preis	CHF 6'450.– (pro Person im EZ), mit Preiszuschlag für Businessklasse.
Reisedatum 1	17.–25.4.2019 Abflug ab Zürich: Mittwoch, 17.4.2019 um 11.45 Uhr Rückkehr in Zürich: Donnerstag 25.4.2019 um 08.15 Uhr
Reisedatum 2	22.–30.5.2019 Abflug ab Zürich: Mittwoch, 22.5.2019 um 11.45 Uhr Rückkehr in Zürich: Donnerstag 30.5.2019 um 08.15 Uhr

Bei zu wenig Anmeldungen wird die Reise nicht oder nur am Datum mit mehr Anmeldungen durchgeführt. Über die Durchführung wird vor Ende 2018 informiert. Sprachen: Deutsch/Englisch.

Individuelle Verlängerung auf Bali möglich.

## Kontakt

### Reiseinhalt

ETH Singapore  
Singapore-ETH Centre  
1 CREATE Way #6-01  
Singapore, 138602  
<http://www.sec.ethz.ch>  
Dr. Remo Burkhard  
[remo.burkhard@sl.ethz.ch](mailto:remo.burkhard@sl.ethz.ch)

### Reiselogistik

Twerenbold Reisen AG  
Frau Kathy Malka  
[groups@twerenbold.ch](mailto:groups@twerenbold.ch)

### Reiselogistik

Twerenbold Reisen AG  
Frau Kathy Malka  
[groups@twerenbold.ch](mailto:groups@twerenbold.ch)

### Anmeldung

[groups@twerenbold.ch](mailto:groups@twerenbold.ch)

Eine von mehreren bewegenden Standing Ovationen für Bundesrat Johann Schneider-Ammann.



# Eine liberale Vision für die Schweiz, unsere Heimat

Delegiertenversammlung in Pratteln

Mehr Bilder auf [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

300 Delegierte der FDP. Die Liberalen fanden Ende September den Weg zur vierten und letzten Versammlung des laufenden Jahres. Sie beschlossen einstimmig eine liberale Vision für die Schweiz und ehrten Bundesrat Schneider-Ammann, der nur wenige Tage zuvor seinen Rücktritt bekannt gegeben hatte, mit bewegendem Applaus.

Die Schweiz ist dank langer, harter Arbeit und richtigen Entscheiden heute ein Erfolgsmodell. Dieses Erfolgsmodell zu sichern und in die Zukunft zu tragen, ist die grosse Aufgabe – von uns als Partei, als Freisinnige, als Land. Schliesslich ist die Schweiz unsere Heimat. Die rund 320 Delegierten beschliessen am 29. September 2018 in Pratteln BL einstimmig eine liberale Vision mit sieben Zielen für die Schweiz. Im Zentrum dieser Vision steht der Begriff «Heimat». Sie ist die konsequente Weiterentwicklung der Zukunftsstrategie aus dem Jahr 2015: Sie legt die politischen Grundsätze fest und bildet den inhaltlichen Rahmen für den Wahlkampf 2019. Besuchen Sie die Webseite der FDP, und finden Sie mehr heraus.

### Standing Ovationen für einen Politiker und Unternehmer mit enormem Leistungsausweis

Nach acht Jahren im Bundesrat beendet Johann Schneider-Ammann auf Ende 2018 eine aussergewöhnliche politische Karriere als Nationalrat und als Vorsteher des Wirtschafts-, Bildungs- und For-

schungsdepartements. Die FDP bedauert diesen Schritt und dankt ihm ganz herzlich für sein unermüdetes und langjähriges Engagement zum Wohl der Schweiz. Die Delegierten ehrten ihn mit bewegenden Standing Ovationen. Bundesrat Johann Schneider-Ammann wird an der Delegiertenver-



Nationalrat und Fraktionspräsident Beat Walti präsentierte die Vision der FDP.

sammlung am 12. Januar 2019 in Genf würdig verabschiedet.

### Ablehnung der Selbstbestimmungs-Initiative – Ja zur Bekämpfung von Versicherungsbetrug

Gegen Ende der Versammlung beschliessen die Delegierten die Parolen für die nächsten Abstimmungsvorlagen vom 25. November 2018. Sie sprachen sich mit überwältigender Mehrheit gegen die populistische Selbstbestimmungs-Initiative aus. Zudem unterstützten sie klar die Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG). Die Änderung ermöglicht eine schärfere Bekämpfung von Versicherungsbetrug.



Die Delegierten der FDP sprachen sich klar und deutlich gegen die SBI aus.



# «Wir brauchen keine Sonderrechte»

Interview mit Kacem el Ghazzali

Kacem el Ghazzali kam als politischer Flüchtling in die Schweiz und wandelte sich vom Marxisten zum Liberalen. Er ist seit einem Jahr Mitglied der FDP Zürich. Ein Gespräch über die Freiheit, die Linke und den Islam.

**Kacem, Sie rufen Marokkaner, die den Ramadan nicht befolgen, dazu auf, in sozialen Medien Bilder von sich selbst beim Essen zu posten. Weshalb?** Die Existenz von sexuellen, religiösen oder anderen gesellschaftlichen Minderheiten wurde in Marokko vorher schlicht geleugnet. Auch in der Wahrnehmung vieler Europäer ist die islamische Welt ein homogener Block ohne innerliche Konflikte. Mit solchen Aktionen können wir zeigen, dass Andersdenkende existieren und wahrgenommen werden. Wieso sollte man das Nichteinhalten des Ramadans kriminalisieren? Wieso sollte man sich beim Essen verstecken müssen?

**Für Ihren Einsatz für mehr Freiheit mussten Sie teuer bezahlen.** Als Schüler engagierte ich mich für die Freiheit und Menschenrechte und schrieb in meinem Blog religionskritische Artikel. Meine Gesell-

schaftskritik kannte keine roten Linien, was viele geärgert hat und mir Todesdrohungen einbrachte. Ich wurde aus der Schule ausgeschlossen, musste mein Dorf verlassen und in Casablanca und Rabat untertauchen. Ein Freund riet mir, aus Marokko zu fliehen, und er sagte mir, es gebe nur ein einziges Land, wo ich bei einer Botschaft Asyl beantragen kann: die der Schweiz.

**Zunächst waren Sie wenig begeistert...** Ich lachte daher zuerst über diesen Gedanken, denn die Schweiz war für mich als Linker damals eigentlich ein kapitalistisches Feindbild; das Land, das Guevara den «Kopf des kapitalistischen Monsters» nannte. Ich hatte dann aber ein langes Gespräch mit dem Schweizer Botschafter in Marokko und konnte ihm belegen, dass ich Schutz brauche. Ich hatte zunächst dennoch wenig Hoffnung. Nach ein paar

Wochen bekam ich aber einen Brief aus Bern und durfte in die Schweiz kommen.

**Sie haben sich in der Schweiz am Anfang nicht immer wohlfühlt – weshalb?** Zwischen 2011 und 2013 hatte ich in der Schweiz den Status eines Asylbewerbers; ich hatte keine Chance, einen Deutschkurs zu besuchen oder etwas Nützliches zu machen ausser zu warten und auf Arabisch über die Entwicklungen des Arabischen Frühlings zu schreiben. Der Westen war für mich das Sehnsuchtsland freier Gedanken und der Aufklärung. Ich merkte bald, dass mein Bild zu stark idealisiert war. Als ich hierherkam, war ich viel unterwegs in linken Kreisen. Und es hat mich schockiert, welche Haltungen ich hier antraf – insbesondere die verteidigende Haltung gegenüber dem politischen Islam. Ich fühlte mich dort schnell unwohl.

**Warum das?** Ich fühlte mich nicht wie ein ebenbürtiges und eigenverantwortliches Individuum behandelt, sondern wie ein Kind, das ständig Schutz und Hilfe braucht und den Gottesdienst mit seiner Kritik nicht stören darf. In solchen Kreisen wird jegliche Kritik an Flüchtlingen bzw. Migranten tabuisiert. Als ich etwa das Problem muslimischer Asylsuchender thematisierte, die andere wegen ihrer Religion oder sexuellen Ausrichtung belästigen, schenkten mir viele Linke kein Gehör. Laut ihrer Logik darf man solche Probleme nicht publik machen. Wenn man dies tut, wird man zu einem Rassisten, der den Rechten Argumente liefert.

Ich erinnere mich auch, wie ich eines Tages zur Sozialhilfestelle ging und sagte: «Ich bin jung, ich will etwas leisten. Bitte helft mir, einen Job zu finden, auch wenn er ehrenamtlich wäre.» Die Antwort war, ich müsse mir keine Gedanken machen. Ich könne problemlos fünf, sechs, gar acht Jahre Sozialhilfe beziehen.

**Wann änderte sich Ihre politische Haltung – vom Linken zum Liberalen?** Liberal war ich immer. In Marokko waren das Individuum und seine Rechte im Zentrum meines Engagements. Was aber das Wirtschaftliche betrifft, muss ich ein praktisches Beispiel machen: Die Linke in Europa greift internationale Firmen an. Wir Linke in Marokko freuten uns immer, wenn internationale Unternehmen zu uns kamen – sie gaben vielen Menschen Jobs und Perspektiven. In Marokko herrschen aber andere Verhältnisse. Was wir als Linke damals verlangten, ist für Liberale in Europa heute unbestritten – zum Beispiel ein geregeltes Arbeitsrecht. Die Linke hierzulande ist sehr dogmatisch, Kapitalismus ist ihr Feindbild. Die Linke in der muslimischen Welt ist da viel pragmatischer.

**Sie würden also die SP nicht wählen?** Nein. Die Linke in Europa ist eigentlich rechts geworden.

Kulturkampf-Begriffe der Rechten – Kulturrelativismus, Identitätspolitik – werden zunehmend übernommen. Zwar verdankt Europa seine Errungenschaften teilweise auch der Linken. Aber auf grosse Herausforderungen der Zukunft hat die Linke für mich als jungen Mann keine passenden Antworten: Digitalisierung; Zusammenleben in einer bewusst liberalen Gesellschaft, die ihre Werte verteidigt; realistische Migrationspolitik, Integration und Wertevermittlung, Toleranz und ihre Grenzen. Da sind echt liberale Lösungen für mich alternativlos.

**A propos liberal – fehlt es im Islam an einer aufklärerischen Bewegung?** Modernisierung und die islamische Welt sind nicht zwingend ein Widerspruch. In der langen Geschichte des Islam gab es immer die Stimmen, die für philosophische Aufklärung einstanden. Die Frage ist: Wieso haben sich diese reformatorischen Strömungen nicht durchgesetzt? Diese hartnäckige Resistenz gegenüber Modernisierung und Aufklärung liegt nicht zuletzt auch im Islam als Religion selbst, und zwar beim politischen Islam. Unsere Probleme damit sind nicht vom Himmel gefallen. Liberale, säkulare Muslime wie Elham Manea, Ahmed Mansour oder Seyran Ates sehen das, üben Selbstkritik und nennen das Kind beim Namen.

**Wie kann der Freisinn diese Debatte unterstützen?**

Die FDP als Partei könnte säkulare Muslime unterstützen, indem sie die Debatte zurück in die Mitte der Gesellschaft holt. Wir brauchen einen Ausweg aus der Polarisierung von Links und Rechts, es braucht einen liberalen Pol. Bei allen politischen Fragen – von Burka über radikale Imame bis zum Kopftuch in Schulen und den Handschlag – sollten säkulare Muslime in die Diskussion eingebunden werden. Wenn wir Muslime als ebenbürtige Bürger verstehen und behandeln, verstehen wir auch deren Sorgen und Probleme. Dadurch wird die Kritik am Islam zu einer legitimen schweizerischen Angelegenheit. Anstatt als Gesellschaft zu trennen zwischen «Wir und Sie», sollten wir mit den Muslimen als Bürger unseres Landes reden – durch die Verfassung mit ihren Rechten und Pflichten. Das wäre eine vernünftige Herangehensweise.

**Sollten jegliche religiösen Symbole aus Schulen verbannt werden?** Ich wünschte mir, dass man hier nicht alles in einen Topf wirft. Es gibt religiöse Symbole. Es gibt aber auch Symbole, die als religiöse Symbole angesehen werden und gleichzeitig Werkzeuge von Sexismus und Unterdrückung sind. Ich persönlich bin prinzipiell gegen ein Kreuz in Schulräumen. Aber ich lehne es ab, ein Kreuz mit einem Kopftuch zu vergleichen – Letzteres ist eine spezifische Diskriminierung des Geschlechts.

Zudem: Das Kind ist sprachlich gesehen ein Neutrum, hat kein Geschlecht. Ein Kopftuch sexual-

## «Integration misst sich nicht nur an Sprache und Arbeit.»

liert das Kind und verhindert eine normale, neutrale Entfaltung des Kindes. Hier stellt sich die Frage, was wir Liberale höher gewichten: die ideologische Überzeugung der Eltern oder das Recht auf freie Entfaltung des Kindes.

**Es gibt auch Frauen, die die Burka aus religiöser Überzeugung tragen.** Das mag sein. Mit ihnen habe ich aber wenig Mitleid, denn sie grenzen sich selbst aus. Sie unterstützen eine extreme Ideologie. Und es gibt tatsächlich auch die Frauen, die gezwungen werden, solche Burkis zu tragen. Zwar verbietet das Gesetz die Unterdrückung der Frau. Aber in solchen Gemeinschaften sind Frauen das schwächste Glied. Wie soll man von einer unterdrückten Frau erwarten, dass sie sich wehrt, wenn sie nicht über die Mittel zu Selbstemanzipation und Unabhängigkeit verfügt? Frauen und Mädchen, die den Schleier ablegen, werden oft bedroht, angegriffen

und sozial ausgegrenzt. Ich kenne das auch aus persönlicher Erfahrung.

**Es besteht in der Schweiz eine grosse Angst vor Parallelgesellschaften. Moscheen und Imame werden zum Teil aus dem Ausland finanziert.** Das ist ein grosses Problem. Insbesondere die Finanzierung von Vereinen oder Moscheen durch Staaten, die systematisch die Menschenrechte verletzen oder sogar terroristische Organisationen unterstützen. Darauf sollte die Politik Antworten finden. Aber auch hier: Mit populistischen Lösungen kommen wir nicht weiter, wir müssen gangbare Kompromisse finden.

**Mehrere Kantone tendieren in Richtung Anerkennung des Islam. Könnte das ein Weg sein in Richtung Säkularisierung des Islam und gelungener Integration?** Unsere Aufgabe als Liberale ist, die individuelle Freiheit zu stärken und nicht das religiöse Kollektiv. Ich denke nicht, dass man einen Menschen durch die Religion integrieren kann oder muss. Viele Muslime und Andersgläubige in diesem Land haben sich mit Eigenverantwortung erfolgreich integriert.

Der Erfolg von Integration hängt weniger von religiösen denn von Werten der europäischen Moderne ab – indem die Religion eine persönliche Sache ist und nicht die sozialen Beziehungen darüber definiert werden. Die Freiheit des Individuums macht Menschen kreativer, die Wissenschaft fortschrittlicher und lässt die Wirtschaft florieren. Das ist unsere «Leitkultur». In einer von liberalen Werten geprägten Gesellschaft sollten wir diese Leitwerte als Gebot für neuankommende Migranten aufstellen. Nur dadurch können sie sich integrieren. Integration misst sich nicht nur an Sprache und Arbeit. Es gibt auch eine emotionale Integration, eine Identifikation mit diesem Land und seinen Grundrechten und -werten. Wirklich integriert ist, wer die Rechte und Pflichten des Landes nicht nur akzeptiert, sondern auch zu verteidigen bereit ist.

**Das Gespräch mit den Individuen soll also über die Verfassung geführt werden und nicht über Religionen.** Genau. Von einer Anerkennung des Islam als Religion in der Schweiz wird wohl nur der politische Islam profitieren. Dessen Exponenten versuchen, sich als offizielle Vertreter aller Muslime in der Schweiz zu präsentieren. Es könnte patriarchale Strukturen und Bürokratie sogar verstärken.

Wir brauchen religiösen Gemeinschaften keine Sonderrechte einzuräumen – jeder ist seines Glückes Schmied.



Kacem el Ghazzali



# Sozialversicherungsmissbrauch bekämpfen

Ja zum ATSG

Am 25. November stimmen wir über das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ab (ATSG). Damit soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um Sozialmissbräuche wirkungsvoll zu bekämpfen. Für die FDP als Partei des Fortschritts ist die Nutzung moderner Technologie mit richterlicher Genehmigung eine Chance, Sozialmissbrauch wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig das Vertrauen der Bevölkerung in die Sozialversicherungen zu stärken.

Mit dem ATSG sollen Träger der Sozialversicherungen (insbesondere die IV-Stellen, die Suva und private UVG-Versicherer) unter klaren Vorgaben und bei schwerem Missbrauchsverdacht Versicherte besser überwachen können. Für die FDP als Partei des Fortschritts ist die Nutzung moderner Technologie mit richterlicher Genehmigung keine Bedrohung, sondern eine Chance, wirksam gegen Sozialmissbrauch vorzugehen und sicherzustellen, dass die Bevölkerung den Sozialversicherungen weiterhin vertrauen kann.

Es ist gerade mal gut hundert Jahre her, als in der Schweiz heftig über die Einführung einer Unfallversicherung debattiert wurde. Erst im zweiten Anlauf befürwortete das Stimmvolk die Einführung dieser ersten Sozialversicherung in der Schweiz. Heute ist es kaum mehr vorstellbar, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegen Un-

fälle versichert sein sollen. Diese Selbstverständlichkeit darf uns jedoch nicht davon abhalten, zu diesen Errungenschaften Sorge zu tragen. Das Vertrauen in unsere Sozialwerke gilt es zu schützen.

### Wirksam Missbräuche aufdecken

Die Versicherten müssen sich darauf verlassen können, im Schadenfall ihre berechnete Leistung zu erhalten. Als Beitragszahlerinnen und -zahler müssen sie ebenso darauf vertrauen können, dass ihre Gelder korrekt eingesetzt werden. Die Sozialversicherer haben dazu den gesetzlichen Auftrag,

### Faktencheck: Die Zahlen 2014 bis 2016

Anzahl neuer Fälle/Jahr (Private Versicherer, IV, Suva)	350
Eingesparte Summe/Jahr	80 Mio. CHF
Eingesparte Summe/Fall	340 000 CHF
Bestätigungsquote (Verdacht bestätigt)	65 Prozent

Quelle: Schweizerischer Versicherungsverband

einen Leistungsanspruch sorgfältig abzuklären. Leider gibt es immer wieder Fälle, bei denen festgestellt wird, dass Versicherungsleistungen unberechtigterweise bezogen werden. Drei Viertel dieser Missbrauchsfälle könnten mit wirksamen Massnahmen verhindert werden.

### Präventive Wirkung

Eine konsequente Bekämpfung von Sozialmissbrauch wirkt auch präventiv. Zu wissen, dass ein Verdacht konsequent aufgeklärt wird, kann kriminelle Energie eindämmen. Wer eine konsequente Bekämpfung von Sozialmissbrauch will, muss den Versicherern auch die notwendigen Instrumente geben. Deswegen braucht es ein Ja zum neuen Gesetz.

### Massvolle Lösung

Das Gesetz ist ausgewogen und setzt klare und enge Grenzen für eine Observation: Es braucht aber immer einen Anfangsverdacht, der nicht anders geklärt werden kann. Bei einer Überwachung dürfen Sozialdetektive Bild- und Tonaufnahmen nur an frei zugänglichen Orten erstellen. Zudem ist der Einsatz von GPS-Trackern zur Standortbestimmung nur mit einer richterlichen Bewilligung möglich. Der Einsatz von weiteren Möglichkeiten, wie etwa der Einsatz von Richtmikrofonen oder Wanzen, das Eindringen in Computersysteme oder die Überwachung des Fernmeldeverkehrs, sind eine Erfindung der Referendumsführer. Diese Massnahmen bleiben wie bisher den Sozialdetektiven verwehrt.

Insgesamt ermöglicht das ATSG eine konsequente und glaubwürdige Bekämpfung von Sozialmissbrauch. Sagen wir deshalb Ja zum ATSG. Es ist ausgewogen und beruht auf der bewährten Praxis, mit der drei Viertel der Missbrauchsfälle aufgedeckt werden können.

Damian Müller, Ständerat LU

«Das Gesetz ist ausgewogen und setzt klare und enge Grenzen für eine Observation.»



# Nein zur «Selbstbestimmungs»-Initiative

Abstimmung vom 25. November

Am 25. November 2018 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über die sogenannte «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI). Die Bundesverfassung soll, mit Ausnahme des zwingenden Völkerrechts, einen generellen Vorrang gegenüber internationalen Verträgen erhalten. Alle bisher getroffenen internationalen Vereinbarungen der Schweiz, welche nicht dem Referendum unterstanden, sollen nur noch unter Vorbehalt gelten. Sollte ein internationaler Vertrag im Widerspruch zur Verfassung stehen, müsste er neuverhandelt oder gekündigt werden. Die Initiative scheitert an den eigenen Widersprüchen.

Auf den ersten Blick klingt die Initiative sympathisch. Wer will nicht mehr Selbstbestimmung? Mit ihrem Titel macht die SBI aber Versprechungen, die unmöglich eingehalten werden können. Sie kann dem Anspruch, der Verfassung gegenüber dem «bösen» Völkerrecht zum Durchbruch zu verhelfen, aufgrund mehrerer Unklarheiten und innerer Widersprüche nicht gerecht werden. Der unklar

formulierte Initiativtext lässt bewusst die Frage offen, wann ein Konflikt zwischen Landes- und Völkerrecht vorliegt und welche Behörde dies zu beurteilen hätte. Ungeklärt ist auch, woran sich die Gerichte und rechtanwendenden Behörden halten müssen, wenn ein Völkerrechtsvertrag dem Referendum unterstand und gleichzeitig einer Verfassungsbestimmung widerspricht. Die Initiative ist

damit, entgegen ihrem Namen, überhaupt keine Lösung für den Umgang mit Normenkonflikten.

### Nein zu einer widersprüchlichen und radikalen Initiative, die zu Rechtsunsicherheit führt

Hochproblematisch ist zudem die von der Initiative vorgesehene Rückwirkungsklausel, die alle bestehenden völkerrechtlichen Verträge gefährdet. Obwohl sich die Initianten nur an einigen wenigen Abkommen stören, greifen sie pauschal alle bereits abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge an. Das ist radikal – der Kündigungsvorbehalt gegen sämtliche Verträge ist brandgefährlich. Wenn bestehende Verträge nur noch unter Vorbehalt gültig sind, wird ein Zustand von Rechtsunsicherheit geschaffen. Die Initiative erreicht damit genau das Gegenteil dessen, was sie verspricht. Sie führt nicht zu einer Klärung zwischen Landes- und Völkerrecht, sondern zu noch mehr Unklarheit und Rechtsunsicherheit.

### Nein zur Isolation

Die Initiative gaukelt vor, dass internationale Verträge einfach und unilateral geändert oder gekündigt werden könnten. Damit wird den Wählerinnen und Wählern Sand in die Augen gestreut. Neuverhandlungen von Verträgen sind ein komplexes Unterfangen und setzen die Zustimmung beider Vertragspartner voraus. Internationale Verträge werden immer von zwei Partnern geschlossen, und zwar freiwillig – wie im privaten Geschäftsleben auch. Ein Handschlag ist ein Handschlag. Verträge, die abgeschlossen werden, werden auch eingehalten. Abmachungen einfach einseitig und willkürlich nicht einzuhalten, geht nicht. Wegen der «Selbstbestimmungs-Initiative» werden Gerichte und Behörden aber zum Vertragsbruch angehalten. So verliert die Schweiz ihre Glaubwürdigkeit in internationalen Verhandlungen und schwächt ihre Verhandlungsposition. Potenzielle Vertragspartner werden es sich in Zukunft zweimal überlegen, einen Vertrag mit der Schweiz abzuschliessen, da unklar ist, ob sich die Schweiz wirklich daran halten wird. Die Schweiz isoliert sich selbst. Völkerrecht ist entscheidend, damit ein Kleinstaat wie die Schweiz seine Interessen international durchsetzen kann. Wir sind darauf angewiesen, dass Verträge, die wir abschliessen, von unseren Vertragspartnern eingehalten werden. Wir akzeptieren auch nicht, wenn jemand nachher kommt und sagt: «Was wir abgemacht haben, gilt jetzt nicht mehr, weil wir eine Differenz in einem anderen Vertrag haben.» Lassen wir uns also nicht von der «Selbstbestimmungs»-Initiative täuschen. Sagen wir Nein zur rückwirkenden Kündigung internationaler Verträge mit dem Zweihänder.

Philipp Müller, Ständerat AG



Die Schweiz ist unsere Heimat, und sie ist heute ein Erfolgsmodell. Wir Freisinnigen haben die Aufgabe, dieses Erfolgsmodell zu sichern, weiterzuentwickeln und mit Weitsicht sowie Optimismus und Mut in die Zukunft zu tragen. Amélie Evard stellt die Vision der FDP.Die Liberalen vor.

Ich bin der Meinung, dass unsere Politik, unsere Denkweise und unser Handeln nicht von Ängsten bzw. Angstmacherei getrieben werden dürfen. Um auch zukünftig als erfolgreiche und eigenständige Schweiz weiterzukommen, müssen wir bestrebt sein, selbstbewusst und selbstbestimmt, durch zukunftsorientierte und sachgerechte politische Lösungen, unser Land weiterhin gemeinsam zu gestalten und nach vorne zu treiben. Damit dies gelingt, hat die FDP.Die Liberalen eine Vision mit sieben Zielen formuliert, welche Sie auf der FDP-Website im Detail nachlesen können.

### «Heisse» Debatten

Sowohl der Sommer wie auch der Herbst 2018 waren in vielerlei Hinsicht hitzig: Nicht nur das zu trockene und warme Wetter sorgten für heisse Diskussionen, sondern auch die Debatten über die «Selbstbestimmungs»-Initiative oder zur AHV-Steuervorlage sind in vollem Gange. Solche Diskussionen zeigen auf, wie wichtig eine übergreifende Zukunftsvision für unser Land ist, um unsere Ziele zu erreichen.

Dazu gehören – ich habe das Klima bereits angesprochen – Überlegungen im Bereich der Umweltpolitik. Eine nachhaltige und effiziente Nut-

zung des Raumes und der natürlichen Ressourcen sind zu gewährleisten. Es wäre aber falsch, dies mit Zwängen und Verboten durchsetzen zu wollen. Viel zielführender ist eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik, welche einen schonungsvollen Umgang mit unserer Umwelt ermöglicht und an die Eigenverantwortung appelliert.

### Wohlstand sichern

Ein weiteres Ziel ist die Sicherung unseres Wohlstandes, der heute grösstenteils auf der Exportwirtschaft basiert. Die Schweiz als kleine Nation ist also nur so stark, wie sie auch international als Vertragspartei verlässlich und vernetzt ist. Aussenpolitik und gute Handelsbeziehungen sind daher zentral für die Schweiz. Wir dürfen uns nicht abschotten: Der Zugang zu globalen Märkten muss auch künftig gewährleistet bleiben, damit der wirtschaftliche Austausch über unsere Grenzen hinaus funktioniert. Auch innenpolitisch sind gute, liberale wirtschaftliche Rahmenbedingungen für unseren Wohlstand unerlässlich: Wir dürfen den Unternehmen keine zusätzlichen Steine in den Weg legen.

### Gesellschaft verändert sich

In unserer vielfältigen Gesellschaft wird die altern-

de Bevölkerung zunehmend zum Problem. Damit der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Zusammenleben reibungslos funktionieren können, sind zukunftstaugliche Lösungen gefragt. Es braucht daher einen nachhaltigen Generationenvertrag und flexible Lösungen der Altersvorsorge wie auch ein effizientes Pflege- und Gesundheitssystem.

Ein weiterer wichtiger Fokus unserer Zukunftsvision sind flexible und der Zeit angepasste Arbeitsmodelle und Arbeitsstrukturen sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn über die Frage «Familie oder Karriere?» denke ich als Hochschulabsolventin mit Familienwunsch immer häufiger nach.

### Chancen der Digitalisierung

Wir stehen mitten im digitalen Zeitalter und sind sehr mobil. Neue Arbeitsmodelle und -strukturen, wie bspw. Home Office, sollten also verbreitet eingeführt und genutzt werden. Die Chancen der Digitalisierung müssen wir folglich auch für neue Arbeitsmodelle voll ausnutzen, weiterentwickeln,



Amélie Evard packt an für eine fortschrittliche Schweiz.

um so vom technologischen Fortschritt zu profitieren. Ich bin überzeugt, dass es mehr Flexibilität, klare Rahmenbedingungen und liberale, unbürokratische, wirtschaftsfreundliche Lösungen braucht, damit gerade gut ausgebildete Frauen durch moderne Arbeitsmodelle nicht mehr zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen.

Für unsere liberale Vision und folglich auch für das liberale Erfolgsmodell Schweiz setze ich mich zusammen mit der FDP ein. Lassen Sie es uns zusammen anpacken! Gemeinsam stellen wir sicher, dass unser Land auch für zukünftige Generationen erfolgreich bleibt. Gemeinsam weiterkommen – für eine eigenständige, intelligente und fortschrittliche Schweiz!

**Amélie Evard, Vizepräsidentin Stadtrat Nidau und Mentee der FDP Schweiz**

# Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

## Abstimmungsvorlagen

für den 25. November 2018



Nein

Volksinitiative vom 12. August 2016 «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»



Nein

Volksinitiative vom 23. März 2016 «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»



Ja

Änderung vom 16. März 2018 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)

## AGENDA

12. November

Roadshow Winterthur mit BR-Kandidaten

14. November

Roadshow Yverdon mit BR-Kandidaten

16. November

Nomination Bundesratsersatzwahlen

25. November

Eidgenössische Volksabstimmung

5. Dezember

Bundesratsersatzwahlen/Fraktionssessen

26. November bis 14. Dezember

Wintersession

12. Januar 2019

Delegiertenversammlung

1. bis 3. Februar

Wahlkampf-Trainingscamp

10. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

FAIRPLAY  
BITTE!

JA

am 25. November  
zur Änderung des  
Sozialversicherungsrechts

Sozialversicherungen  
vor Missbrauch schützen

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch) | [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

Layout:

LZ Print | E: [kontakt@lzprint.ch](mailto:kontakt@lzprint.ch)

Druck:

NZZ Media Services AG

T: 071 272 72 06 | E: [print@nzz.ch](mailto:print@nzz.ch)

# FDP

Die Liberalen



**NEIN zur "Selbstbestimmungs"-Initiative**

**Nein zum Frontalangriff auf  
unsere Rechtssicherheit**

**Gemeinsam weiterkommen.**

25. November 2018  
[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)